

Vortragsmanuskript:

Quo vadis, America?

Von Hauke Heinrich Ritz, im Februar 2009

Meine Damen und Herren,

mein Vortrag trägt den Titel „Quo vadis, America? – Ausblicke auf eine Präsidentschaft in Zeiten der geopolitischen Krise“. Diese Namensgebung reflektiert die Tatsache, dass die Welt im Guten wie im Schlechten in ganz erheblichem Maße von politischen Entwicklungen in den USA abhängig ist. Die Frage, wohin Amerika geht, wohin sich die bislang einzige Supermacht wendet, diese Frage ist entscheidend zur Beurteilung der politischen und geistigen Situation unserer Zeit. Die Vereinigten Staaten befinden sich – kurz gesagt – in einer der größten Transformationsphasen ihrer Geschichte. Man könnte auch sagen, in der größten Krise ihrer Geschichte. Und das bedeutet, dass sich auch die ganze übrige Welt in einer derartigen Krise befindet. Die gesamte Struktur der Weltwirtschaft – oder man könnte auch sagen – das gesamte Akkumulationsregime, das in den zurückliegenden Jahrzehnten den amerikanischen Wohlstand und die außenpolitische Macht der USA begründet hat, ist vor unseren Augen dabei zu zerbrechen. Wir wissen noch nicht, was danach kommen wird. Ja wir wissen nicht einmal, wie lange die jetzt begonnene geopolitische Hegemoniekrise dauern wird. Sowohl eine Dauer von 5, 10 oder sogar 15 Jahren ist denkbar. Wir wissen nur, dass sich derartige Transformationsphasen bisher nur drei bis vier Mal in der Geschichte der europäischen Neuzeit ereignet haben. Diese Transformationsphasen traten immer ein, wenn eine führende Weltmacht, die bis dahin im Zentrum der Weltwirtschaft gestanden hatte, die Position immer schwerer zu halten vermochte und gleichzeitig neue geopolitische Akteure auf die Weltbühne drängten. Die letzte Transformationsepoche dieser Art ereignete sich in den Jahren zwischen 1914 und 1945, womit bereits angedeutet ist, dass sich derartige Entwicklungen nicht immer friedlich vollziehen.

Die USA sind seit der Selbstauflösung des Warschauer Paktes und der Sowjetunion der einzige maßgebliche geopolitische Akteur gewesen. Die Vereinigten Staaten sind somit in ganz erheblichem Maße für die Weltordnung verantwortlich, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR aufgebaut worden ist und deren geopolitisches Konfliktpotential in den letzten acht Jahren offen zutage getreten ist. Die von den USA nach 1991 errichtete Weltordnung war auf ihre nationalen Interessen zugeschnitten und deshalb von Anfang an instabil. Ihre Stabilität war von der Fähigkeit Washingtons abhängig, diese Ordnung zu dominieren. Die zurückliegenden zwei Dekaden boten vielfältige Möglichkeiten für alternative Ordnungsmodelle, in der die Vereinigten Staaten zwar nicht die gleiche Dominanzposition eingenommen hätten, die dafür aber langlebiger, stabiler und weniger konfliktrichtig gewesen wären. Doch aus machtpolitischen Gründen sind diese Möglichkeiten nicht ergriffen worden. Ich werde im weiteren Verlauf meines Vortrags

darauf noch eingehen. Die geopolitische Hegemoniekrise, mit der wir infolgedessen jetzt zu tun haben, hat bereits viele Jahre vor ihrem vollständigen Eintreten eine Reihe Effekte gezeitigt. Einer dieser Effekte ist die in der westlichen Welt zu beobachtende Machtverschiebung im Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat. Ich führe als Beispiele nur den Abbau von Bürgerrechten, den Aufbau eines umfassenden staatlichen Überwachungsapparats sowie eine zunehmende Vereinheitlichung der Presse an. In gewisser Weise sind diese Prozesse des Demokratieabbaus ein Symptom der Hegemoniekrise. Wir wissen noch nicht, ob dieser Strukturwandel über die Dauer der Hegemoniekrise hinaus Bestand haben wird. Fest steht nur, dass dieser Strukturwandel in den USA am weitesten fortgeschritten ist und dass Initiativen, demokratische Prinzipien dem Ausnahmezustand der Terrorbekämpfung unterzuordnen, in den zurückliegenden Jahren im Wesentlichen von den USA ausgegangen sind. Der Demokratieabbau, die politische Situation in den USA und die Krise der existierenden Weltordnung sind also miteinander verkoppelt. Und nur wenn wir verstehen – dies ist die Arbeitsthese meines Vortrags –, was in den Vereinigten Staaten in den letzten 20 Jahren passiert ist, wie sich die heutige Situation sukzessiv aufgebaut hat, können wir überhaupt erst verstehen, in welchen historischen Prozess wir gegenwärtig eingebunden sind. Es ist ein hochspannendes Thema, darüber zu forschen, welche Realitätswahrnehmung, welche Ideen und Prämissen in den letzten 20 Jahren in Washington Einfluss auf die Politik gewonnen haben. Ich meine damit einen Mentalitätswandel, der nicht einfach durch eine Wahl – wie die Obamas – rückgängig gemacht werden kann. Wir müssen wissen, was in den USA passiert ist, um zu verstehen, an welchem Punkt der Geschichte wir uns hier in Europa gerade befinden. Ich erwähne vorweg diese sehr weit gefasste Perspektive, um den Rahmen zu bezeichnen, in dem meine folgenden Ausführungen angesiedelt sind.

Lassen Sie mich kurz noch eine kurze Bemerkung zu meiner Person anfügen. Ich bin weder Ökonom, Politikwissenschaftler, noch habe ich Amerikanistik studiert. Ich verfasse zurzeit eine Doktorarbeit im Fach Philosophie mit dem Schwerpunkt Geschichtsphilosophie. Und dass ich heute über amerikanische Außenpolitik und die Hegemoniekrise spreche, ist der Tatsache geschuldet, dass ich während meiner Arbeit an der Dissertation zunehmend darauf aufmerksam wurde, welche weitreichenden historischen Vorgänge in unserer Gegenwart stattfinden. Und ich spürte, dass meine Forschungsarbeit zu Fragen der Geschichtsphilosophie nicht aufrichtig wäre, wenn ich mich gegenüber den epochalen Vorgängen, die sich in unserer Zeit vollziehen, passiv verhalten würde. Und so begann für mich eine Beschäftigung mit den Grundlagen der Geopolitik, die mich seither nicht mehr losgelassen hat.

Mein Vortrag wird im Wesentlichen von der imperialen Struktur der Vereinigten Staaten handeln. Erst wenn ich diese Zusammenhänge beschrieben habe, werde ich mich der Frage zuwenden, mit welcher Außenpolitik in der kommenden Amtszeit, möglicherweise unter einem Präsidenten Obama, zu rechnen ist. Folgende Fragen sind gleich zu Beginn zu klären, um sich in unserer Zeit zu orientieren.

1. Wie sind die USA eigentlich zu der Supermacht geworden, die sie heute darstellen, und welche Rolle hat dabei beispielsweise der Dollar als Weltwährung gespielt? 2. Welche Rolle

nimmt dabei die Kontrolle der Seewege durch die Vereinigten Staaten ein, und warum ist die Kontrolle der Ölvorräte des Nahen Ostens für die USA so wichtig? Und schlussendlich, welche Rolle spielt dabei die gewaltige Militärmacht der USA?

Des Weiteren werde ich der Frage nachgehen, wie der Sieg der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg das Selbstverständnis des Landes verändert hat. Denn das Jahr 1991, jene 14 Tage, in denen die Sowjetunion zerfiel, war zweifellos die Stunde des größten Triumphes in der Geschichte der Supermacht USA. Die Niederlage des einzigen, in militärischer Hinsicht ernst zu nehmenden geopolitischen Konkurrenten hat das Selbstverständnis der amerikanischen Eliten tiefgreifend beeinflusst. Ich möchte rekonstruieren, welche Pläne nach diesem Sieg im Kalten Krieg in den USA für die kommenden Jahrzehnte entworfen worden sind. Wie diese Pläne mit der Amtszeit von Präsident Bush in Verbindung stehen. Und wie sie zu der Situation geführt haben, in der wir uns heute befinden.

Doch in welcher Situation befinden wir uns eigentlich? Zwei Ereignisse haben die letzten Wochen und Monate geprägt, und beide können in ihrer historischen Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Da ist auf der einen Seite die Finanzkrise und auf der anderen Seite die Georgienkrise. Doch beide Krisen sind letztlich Erscheinungsformen der bereits genannten geopolitischen Hegemoniekrise. Auf die Finanzkrise werde ich am Ende meines Vortrags noch einmal zu sprechen kommen. Und auf die Georgienkrise möchte ich jetzt gleich am Anfang eingehen.

Das Besondere dieser Krise bestand in der unglaublichen Geschwindigkeit, in der die Situation eskalierte. Unmittelbar nach Ausbruch der Kämpfe wurde der NATO-Russland-Rat auf Eis gelegt. Damit wurde just das Organ ausgeschaltet, das gerade für solche Situationen verschärfter Spannungen geschaffen worden war und in solchen Krisenzeiten einen Konsultationsrahmen bereitstellen sollte. Insbesondere westliche Medien taten sich damit hervor, den tatsächlichen Ablauf der Ereignisse zu verschleiern. So wurde etwa verschwiegen, dass Georgien und nicht Russland als erstes mit Truppen in Südossetien einmarschiert war. Verschwiegen wurde auch die Anwesenheit einer Vielzahl US-amerikanischer Militärberater in Georgien, sowie die von den USA seit Jahren betriebene Aufrüstung des Landes.¹ Statt sachlich über das Pro und Contra einer NATO-Osterweiterung zu informieren oder auf die jüngere Geschichte des Landes einzugehen, wurde eine Vielzahl an Klischees aus der Zeit des Kalten Krieges erneut aktiviert und wurde Russland als neue/alte Bedrohung des Westens porträtiert. Bei der weiteren Verschärfung der Krise spielte deshalb die Medienberichterstattung westlicher Länder eine bedeutende Rolle. Ja, es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die einseitige Medienberichterstattung der Georgienkrise eine neue Dimension gab, indem parallel zum militärischen Konflikt ein Informationskrieg entfesselt wurde. Viele Politiker ließen sich wissentlich oder unwissentlich

¹So erhielt das Land 180 Millionen Dollar Militärhilfe aus den USA. Hinzu kamen 90 Millionen Dollar aus der Türkei. Der georgische Rüstungsetat ist unter Präsident Saakaschwili von 30 Millionen auf 1 Milliarde Dollar angestiegen.

davon beeinflussen, was nicht zur Beruhigung der Spannungen beitrug. Unnötigerweise kam es in dieser angespannten Situation dann auch noch zu einem Aufmarsch mehrerer nuklear bewaffneter NATO-Kriegsschiffe und U-Boote im Schwarzen Meer. Dies war insofern heikel, da dies einen Bruch des Vertrags von Montreux bedeutete, der die Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Dardanellen begrenzt. Außerdem ist das Schwarze Meer kein NATO-Gewässer, sondern ein traditionell von der russischen Marine dominiertes Gebiet. Der plötzliche Aufmarsch an NATO-Kriegsschiffen war somit alles andere als gewöhnlich. Was wäre geschehen, wenn es zu einer Eskalation zwischen russischen und US-amerikanischen Kriegsschiffen gekommen wäre? Etwa bei der Versenkung eines georgischen Kriegsschiffs durch die russische Marine, wozu es in diesen Tagen acht Mal, darunter einmal auf hoher See, gekommen ist.²

Wir wissen aus der Geschichte, dass Eskalationsspiralen, sind sie erst einmal in Gang gekommen, einen Punkt erreichen können, an dem sie nicht mehr anzuhalten sind. Der Beginn des Ersten Weltkriegs ist hierfür ein mahnendes Beispiel. Das gesamteuropäische Selbstverständnis nach dem Zweiten Weltkrieg war darauf ausgerichtet, die Möglichkeit der Eskalation gar nicht erst aufkommen zu lassen. Die Georgienkrise hat mit einem Schlag sichtbar gemacht, dass wir uns gegenwärtig in einer Epoche befinden, in der eine mögliche ausufernde Eskalation zwischen Großmächten wieder denkbar geworden ist. Und dieser Sachverhalt ist das eigentlich Neue an der Georgienkrise. Die Georgienkrise hat deutlich gemacht, dass die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur, die im Lauf des Kalten Krieges entstanden war, nicht länger in Kraft ist. Ich möchte diesen Gedanken präzisieren.

Der Kalte Krieg war für die Zeitgenossen zweifellos psychologisch sehr anstrengend und belastend. Dennoch muss man im Rückblick konstatieren, dass die 40 Jahre von 1949 bis 1989 doch eine relativ stabile Epoche waren. Beide Supermächte hatten sich im Jalta-Abkommen auf ihre Einflusszonen verständigt. Und keine der beiden Mächte war in der Lage, die jeweils andere militärisch oder wirtschaftlich zu besiegen. Ganz entscheidend ist, dass sich die Politiker während des Kalten Krieges gerade auf Grund des Gleichgewichts des Schreckens sich sehr stark auf die Etablierung einer zuverlässigen Eskalationskontrolle konzentrierten. Der Weg von anfänglichen Interessensgegensätzen, symbolischen Provokationen bis zur eigentlichen Eskalation war lang und kontrolliert. Er bestand aus vielen einzelnen, klar abgegrenzten und definierten Stufen und konnte nicht einfach unkontrolliert in Gang gesetzt werden. Eine unkontrollierte Eskalation, wie sie am Beginn des Ersten Weltkriegs stand, war im Kalten Krieg kaum noch denkbar, da die gesamte Militärstrategie beider Supermächte auf Kriegsvermeidung ausgerichtet war.

Die Georgienkrise zeigt uns, dass unsere heutige Situation mehr Gemeinsamkeiten mit der instabilen Zeit vor dem Ersten Weltkrieg hat, als dass sie der relativ stabilen Zeit des Kalten Krieges entspricht. Wie tektonische Platten ist das geopolitische Machtgefüge der Welt in Bewegung geraten. Ähnlich wie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg führt dies zu ständig neu-

² Nikulas Busse, Sowjetischer Bewegungskrieg in Georgien, FAZ, 6. Sep. 2008

en Machtkonstellationen und damit zu je nach Situation eilig gebildeten und schnell wieder veränderbaren Bündnisstrukturen. Dieser Prozess der Auflösung der europäischen und internationalen Sicherheitsarchitektur wird begleitet vom Verlust des Vertrauens zwischen Staaten und Staatenblöcken, zunehmender Propaganda in den Medien und einem dramatischen Anstieg der Rüstungsausgaben. Der Verteidigungshaushalt der USA hat sich seit Mitte der 90er Jahre verdoppelt. Und auch die Rüstungsausgaben Chinas und Russlands wachsen im zweistelligen Prozentbereich. Wie sind wir in diese Situation geraten? Welche Entwicklung hat uns zu diesem Punkt geführt? Und worum wird in der heutigen Welt eigentlich gekämpft? Und auch die Frage, welche Politik in der Amtszeit eines Präsidenten Obamas zu erwarten ist, lässt sich nur beantworten, wenn man zuvor die eben genannten Fragen gestellt hat.

Analysiert man die Geschichte der amerikanischen Supermacht in den letzten 60 Jahren, dann stellt man fest, dass es zwei hegemoniale Zyklen gegeben hat. Der erste beginnt mit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg und erreicht seinen Höhepunkt Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre, und der zweite beginnt Mitte der 70er Jahre und erreicht seinen Höhepunkt Mitte bis Ende der 90er Jahre. Im ersten hegemonialen Zyklus beruhte die amerikanische Supermacht vorwiegend auf einer Übermacht an Wirtschaftskraft. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erwirtschafteten die USA über 50 Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts. Verglichen mit dieser Wirtschaftsleistung waren fast alle anderen Länder der Welt, einschließlich der Sowjetunion, wirtschaftliche Zwerge. Doch Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre hatte sich die Situation geändert. Die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA wurde herausgefordert durch ein wirtschaftlich wiedererstarktes Westeuropa und in den 80er Jahren durch den Aufstieg Japans. Mitte der 70er Jahre tauchten erstmals Prognosen von einem drohenden Niedergang der Vereinigten Staaten und dem Verlust ihrer Weltmachtposition auf.

In dieser Situation kam es zu einer folgenschweren Umstellung des Weltfinanzsystems. Die USA koppelten 1971 den Dollar vom Gold ab, führten zwischen den Währungen schwankende Wechselkurse ein und erklärten von nun an die ölreichen Regionen des Nahen Ostens zu einer ihrer zentralsten Einflusszonen. Fortan entwickelte sich das Öl zu dem Rohstoff, der den mit Abstand größten Einfluss auf die Finanzmärkte hatte. Deshalb gab es in diesen Jahren der Neuorganisation des Finanzsystems auch ein Sonderabkommen der USA mit Saudi Arabien. Und auch andere OPEC-Staaten entwickelten Sonderbeziehungen zu den USA. Das Finanzsystem, das Mitte der 70er Jahre neu aufgebaut wurde, führte Strukturen ein, die den Neoliberalismus der 80er und 90er Jahre vorbereiten sollten. Eine Finanzarchitektur wurde errichtet, in der die Finanzwirtschaft den Vorrang vor der Realwirtschaft erhielt. Öl wurde dabei zu dem strategischen Rohstoff. Die finanzpolitische Umstellung Mitte der 70er Jahre ermöglichte den zweiten Hegemoniezyklus der USA, der seinen Höhepunkt in den 90er Jahren erreichte. Auf die Einzelheiten dieser wirtschaftspolitischen Umstellung in den 70er Jahren werde ich noch zu sprechen kommen. Wichtig ist mir hier zunächst zu bemerken, dass der Höhepunkt dieses zweiten Hegemonialzyklus nun für die Vereinigten Staaten in einer Situation eintrat, in der ihr geopolitischer Hauptkonkurrent – die Sowjetunion – aufgehört hatte zu existieren. Die USA wurden von

dieser Entwicklung überrascht. Sie wussten zwar von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der sozialistischen Länder. Doch sie hatten nicht damit gerechnet, dass sich der Warschauer Pakt und die Sowjetunion in so kurzer Zeit auflösen würden. Und dies führte zu der unheilvollen Situation, dass der zweite Höhepunkt US-amerikanischer Macht ausgerechnet zu einem Zeitpunkt eintrat, in der es keinen geopolitischen Gegenspieler für die USA mehr gab. Und das betrifft nicht nur den Zerfall der Sowjetunion, sondern auch die Situation in anderen Teilen der westlichen Welt in den 90er Jahren. Wir erinnern uns, Japan hatte in jener Zeit eine dramatische Finanzkrise. Während dieses Land in den 80er Jahren als das Zukunftsmodell für die Welt gegolten hatte und die amerikanische Supermachtposition durchaus herausforderte, befand es sich seit Mitte der 90er Jahre in einer schweren Krise. Die japanische Wirtschaft geriet in eine Deflationsspirale, und es dauerte zehn Jahre, ehe sich das Land wieder erholte. Und auch Europa befand sich in den 90er Jahren in einer Schwächephase. Deutschland trug schwer an der Last der Wiedervereinigung und konnte seine Rolle als wirtschaftlicher Motor des Kontinents nicht wahrnehmen. Zudem besaß Europa kein machtpolitisches Entscheidungszentrum.

Dies führte dazu, dass sich in der Mitte der 90er Jahre bei den US-amerikanischen Eliten die Idee durchsetzte, dass sowohl Russland als auch Japan als auch Europa ihren Anspruch verloren hätten, ein ernst zu nehmender hegemonialer Konkurrent für die USA zu sein. Und diese Wahrnehmung Mitte der 90er Jahre hatte dramatische Auswirkungen auf die weiteren geopolitischen Planungen für die kommenden Dekaden. Richtungsentscheidungen wurden Mitte der 90er Jahre getroffen, deren Auswirkungen wir bis heute erleben. Ja, in gewisser Weise haben uns diese Richtungsentscheidungen in einen Prozess hineingestoßen, der jetzt nicht mehr ohne weiteres anzuhalten ist. Doch damit dies verständlich wird, möchte ich noch etwas in die Geschichte zurückgehen. Und da möchte ich darauf eingehen, dass die USA ihre imperiale Macht von Anfang an anders ausgeübt haben als die europäischen Mächte des 19. Jahrhunderts.

Das amerikanische Imperium, wenn man es einmal so bezeichnen möchte – ich halte diese Bezeichnung für passend –, hatte von Anfang an einen anderen Charakter als die europäischen Kolonialmächte. Die europäischen Imperien, also das britische Empire, das französische Empire des 19. Jahrhunderts und andere Kolonialmächte übten ihre imperiale Macht dadurch aus, dass sie fremde Gebiete militärisch besetzten und den dort ansässigen Eliten ihre Interessen mehr oder weniger aufzwingen. Charakteristisch für die europäischen Imperien war auch, dass sie ihre eigene Kultur als Leitkultur ansahen und versuchten, diese in die besetzten Gebiete zu exportieren. Außerdem versuchten die europäischen Imperialstaaten, die von ihnen besetzten Gebiete maximal auszubeuten. Doch die europäische Strategie, Imperien zu errichten, stieß mit der Zeit an militärische und logistische Grenzen, erwies sich als sehr teuer und unökonomisch und war zudem ideologisch sehr widersprüchlich.

Die Form des Imperialismus, die sich dagegen in den USA ausbildete, hatte von Anfang an einen ganz anderen Charakter. Dies hat mehrere historische Gründe. Zu einem sind die Vereinigten Staaten selbst aus einem Freiheitskampf gegen das britische Imperium hervorgegangen. Es gibt aufgrund dessen in den USA bis heute eine starke antiimperialistische Tradition. Eine

Tradition, die immer noch – wenn auch in verzerrter Form – wirksam ist, wenn etwa Kriege damit begründet werden, es gelte die Bevölkerung eines Landes „zu befreien“. Und zum anderen war zu dem Zeitpunkt, als die USA sich in ihren heutigen Grenzen konstituierten und die letzten Indianerterritorien erobert hatten, die übrige Welt bereits weitgehend unter den europäischen Mächten aufgeteilt. Die USA kamen ähnlich wie Deutschland zu spät und konnten kaum noch Territorien in Afrika und Südostasien „erwerben“. Die beiden Faktoren, das Zuspätkommen und die antiimperialistische Tradition in den USA selbst, führten dazu, dass jene Form der imperialen Machtausübung, welche europäische Mächte traditionell praktizierten, den Vereinigten Staaten nicht offen stand. In dieser Situation entwickelte Washington alternative Strategien der imperialen Machtausübung. Statt fremde Länder militärisch zu besetzen, beschränkten sich die USA darauf, informelle Strukturen aufzubauen, die den amerikanischen Wirtschaftsinteressen nützten. Sie versuchten bereits in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, die Einflusszonen europäischer Mächte informell zu unterwandern und für amerikanische Produkte zu öffnen, als Rohstofflieferanten zu gewinnen und als Absatzmarkt zu erschließen. Im Zentrum des amerikanischen Imperialismus standen von Anbeginn die Methoden der Soft Power. Man versuchte, um die Eliten in fremden Ländern zu werben, sie für sich zu gewinnen und sie von der Redlichkeit der eigenen Absichten zu überzeugen. Der amerikanische Imperialismus baute auf Handelsstrukturen auf und versuchte, fremde Länder mit einer Politik der „Open door“ wirtschaftlich zu erobern. Während die europäischen Mächte bestrebt waren, über fremde Länder zu herrschen, zogen die USA es vor, mit den Strukturen bestehender Staaten zusammenzuarbeiten und durch diese hindurch ihren Einfluss geltend zu machen.

Als sich später die europäischen Mächte im Zweiten Weltkrieg gegenseitig zerstörten oder zumindest massiv schwächten, waren die USA in der Lage, mit ihren informellen Methoden der Machtausübung nach und nach die Kolonien der europäischen Staaten in ihre Einflussosphäre zu integrieren. Dabei gestanden sie diesen Ländern eine formale Unabhängigkeit zu, sorgten aber gleichzeitig mit Methoden der informellen Beeinflussung und Unterwanderung dafür, dass den US-amerikanischen Wirtschaftsinteressen gedient war. Um die politischen Prozesse der zurückliegenden acht Jahre zu verstehen, ist es wichtig, sich klarzumachen, dass die Vereinigten Staaten traditionell ein informelles Imperium sind und nicht etwa wie die britische oder französische Kolonialmacht offen als Imperium auftraten. Zwar haben die USA eine Vielzahl an militärischen Interventionen in Vietnam, Nicaragua, Guatemala, Haiti, Panama, Irak usw. durchgeführt. Doch haben die USA diese Maßnahmen nie gegenüber ihren europäischen Verbündeten eingesetzt, was sie von der Sowjetunion unterschied, die innerhalb Europas offen militaristisch aufgetreten war. Die informelle Machtausübung der USA war in der gesamten Zeit des Kalten Krieges extrem erfolgreich und erwies sich in der Systemkonkurrenz als ideologischer Vorteil.

Doch als die USA nach dem Ende des Kalten Krieges auf dem Höhepunkt ihres zweiten Hege- moniezyklus einem zerbrochenen Russland, einem von Finanzkrisen geschüttelten Japan und einem geschwächten Europa gegenüber standen, sahen sie sich vor die Wahl gestellt, entweder die zukünftige Weltordnung auf Basis von internationalen Kooperationen zu errichten oder aber

im Alleingang die zukünftigen Ordnungsstrukturen zu planen und durchzusetzen. Es ging im Wesentlichen um die Frage, ob im Zuge der weiteren geschichtlichen Entwicklung man der UN und ihren ständigen Mitgliedern eine substantielle Rolle zuerkannte, sie als selbstständige Akteure einbezog oder sie umgekehrt zu dominieren und zu marginalisieren versuchte. Die USA entschieden sich für Letzteres. Die UN und ihre ständigen Mitglieder sollten in der zukünftigen Weltordnung keine autonome Rolle spielen. Stattdessen entstanden in den USA Überlegungen, ob sich die amerikanische Vormachtstellung nicht auf Dauer stellen ließe. Der Report: "New World Coming: American Security in the 21st Century" vermerkt 1999: "*Es ist unwahrscheinlich, dass ein globaler Konkurrent für die Vereinigten Staaten im Laufe der nächsten 25 Jahre auftauchen wird*"³. Die USA fanden sich in einer Position wieder, in der sie praktisch der einzige, global handlungsfähige Akteur waren. Sie nahmen zudem an, dass dieser Zustand noch Jahrzehnte andauern würde. Die USA waren das einzige Land, das in der Lage war, politische, wirtschaftliche und rechtliche Richtungsentscheidungen im globalen Maßstab zu treffen. Die US-amerikanischen Eliten bestimmten die Marschroute, und der Rest der Welt folgte.

In dieser Situation sahen die führenden Entscheidungsträger der USA die einmalige Chance für eine dauerhafte Dominanzposition ihres Landes. Colin Powell äußerte bereits 1991 in einem Interview: „*Wir haben nicht länger den Luxus einer Bedrohung, für die wir planen müssen. (...) Wir planen dafür, dass wir eine Supermacht sind. Wir sind der Hauptspieler auf der Weltbühne und haben Verantwortlichkeiten und Interessen rund um den Globus.*"⁴ Damit deutete sich am Horizont der Geschichte die Möglichkeit eines neuen amerikanischen Jahrhunderts an – eines Jahrhunderts, in dem die imperiale Macht der USA so weit expandieren könnte, dass sie schließlich den gesamten Globus umspannen würde. Aus Sicht der amerikanischen Eliten wartete der gesamte postsowjetische Raum nur darauf, ins informelle Imperium der Vereinigten Staaten eingegliedert zu werden. Und sollte dies geschehen, wäre die Macht der USA so groß, dass sich das informelle Imperium nach und nach in ein formelles verwandeln würde. Denn in einer Welt, in der es keine Gegenspieler mehr gibt, muss sich Machtausübung auch nicht länger maskieren. Der amerikanische Politikwissenschaftler Giovanni Arrighi hat diesen Plan als das „*ambitionierteste politische Projekt bezeichnet, das jemals in der Menschheitsgeschichte eronnen wurde.*"⁵ Das hauptsächliche Ziel der US-Politik nach dem Kalten Krieg war also, die Entstehung einer zweiten, ebenbürtigen Macht zu verhindern. Bereits der 1992 verfasste Defense Planning Guide für 1994 bis 1999 formulierte:

³ New World Coming: American Security in the 21st Century (Phase I Report of the US Commission on National Security in the 21st Century, Hart / Rudman I), 15 September 1999, S. 4, www.nssg.gov/Reports/reports.htm.

⁴ Washington Post 19.05.1991

⁵ Giovanni Arrighi / Beverly Silver: Adam Smith in Beijing, Lineages of the Twenty-First Century. London/New York 2007, S. 249

„Unser Ziel ist es, die Wiederauferstehung eines neuen Konkurrenten entweder auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo zu verhindern, der eine Bedrohung in der Größenordnung der einstigen Sowjetunion darstellen könnte (...), die USA müssen Mechanismen sichern, potentielle Wettbewerber davon abzuhalten, auch nur danach zu streben, eine größere regionale und globale Rolle zu spielen.“⁶ Die New York Times kommentierte: „Das Dokument argumentiert für eine Welt, die durch keine Supermacht dominiert wird.“

Der Verfasser dieses Entwurfs Zalmay Kahlilzad, wurde von Dick Cheney ausdrücklich gelobt: *„Du hast eine neue Begründung für unsere Rolle in der Welt entdeckt.“⁷ Die Umsetzung dieser Pläne sollte die politische Linie der Bush-Administration werden. Erneuert wurde diese Programmatik 1999 von dem Think Tank: „Project for a new American Century“, an dem Wolfowitz, Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Jeb Bush teilnahmen. In dem von diesem Think Tank herausgegebenen Report heißt es: *„Die Aufgabe des Militärs im Kalten Krieg war es, den sowjetischen Expansionismus abzuschrecken. Heute ist seine Aufgabe, die >Zonen des demokratischen Friedens< auszudehnen; die Entstehung einer konkurrierenden Großmacht zu verhindern; Schlüsselregionen in Europa, Ostasien und im Mittleren Osten zu verteidigen; und die amerikanische Vorherrschaft in den kommenden technologiebedingten Veränderungen des Krieges zu sichern - eine Position Amerikas zu realisieren, in der es sich selbst als eine europäische Macht, als eine asiatische Macht, als eine Macht des Nahen Ostens und, natürlich, als eine Macht der Westlichen Hemisphäre versteht.“⁸**

Diese Politik sieht faktisch die gesamte Welt als Einflussbereich der USA an. Sie setzte bewusst auf die militärische Stärke der Vereinigten Staaten und bezeichnete sich selbst als ‚full spectrum dominance‘. Das geopolitische Machtgefüge des 21. Jahrhunderts sollte unipolar sein. Die Entstehung eines zweiten geopolitischen Machtzentrums neben den USA sollte schon in der Entstehungsphase vereitelt werden. Die während Bushs Amtszeit proklamierte Präventivschlagdoktrin war das logische Resultat dieser Zielsetzungen. Die USA würden nicht warten, bis ein Konkurrent seine Kräfte gesammelt hätte. Sie würde vorher handeln, den Aufstieg eines Rivalen verhindern, notfalls durch einen Präventivschlag.

Doch ich möchte dem Missverständnis vorbeugen, es habe sich hier lediglich um ein konservatives bzw. neokonservatives Projekt gehandelt. Der Plan, die Vormachtstellung der USA im kommenden Jahrhundert zu sichern, war nicht nur ein Projekt der republikanischen Partei. Auch von Geostrategen der Demokratischen Partei wurde dieses Ziel verfolgt. Zbigniew Brzezinski formuliert in seinem Buch „The Grand Chessboard“ (Titel der deutschen Ausgabe: „Die einzige Weltmacht“), dass das erste Ziel US-amerikanischer Außenpolitik darin bestehen müsse, *„dass kein Staat oder keine Gruppe von Staaten die Fähigkeit erlangt, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeint-*

⁶ Experts from Pentagon's Plan: >Prevent the Emergence of a New Rival<. New York Times 08.03.1992

⁷ James Mann: Rise of the Vulcans: the history of Bush's war cabinet, New York 2004, S. 199

⁸ Zitiert in: Rainer Rilling, Risse im Empire, Berlin 2008, S. 133

rächtigen.“⁹ Es gelte, *„die Gefahr eines plötzlichen Aufstiegs einer neuen Macht erfolgreich [hinauszuschieben].“* Die USA verfolgen das Ziel: *„die beherrschende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Generation und vorzugsweise länger zu bewahren. ...“* Sie müssen *„das Emporkommen eines Rivalen um die Macht (...) vereiteln.“*¹⁰ *„Amerika als die führende Weltmacht hat nur eine kurze historische Chance. Der relative Frieden, der derzeit auf der Welt herrscht, könnte kurzlebig sein.“*¹¹

Brzezinski definiert deshalb als langfristiges Ziel dieses Machterhalts die Fähigkeit, *„ein dauerhaftes Rahmenwerk globaler geopolitischer Zusammenarbeit zu schmieden.“*¹² Brzezinski schätzte das historische Zeitfenster 1997 auf den Zeitraum einer Generation, also ungefähr 30 Jahre ein. Gelänge es den USA in der ihrer Macht verbliebenen Zeit (also in dem Zeitraum zwischen 1997 und ca. 2027), eine umfassende geopolitische Ordnung zu errichten, so würde diese *„die Insignien des derzeitigen Herrschers der Welt annehmen.“* So wie die staatlichen Strukturen des Römischen Reichs teilweise auf die katholische Kirche übergegangen sind und in ihr überlebten, so stellt sich Brzezinski die langfristige Fortexistenz der Vereinigten Staaten vor. Die USA könnten auf diese Weise mit ihrer Kultur, ihrer Wirtschaftsordnung, ihrem Rechtsverständnis und ihrer Wissenschaftskultur die Welt selbst dann noch prägen, wenn sie selbst als Supermacht längst untergegangen wären. Entscheidend sei allerdings, dass die USA in den verbleibenden Jahrzehnten ihre Macht dazu nutzten, eine von Ihnen dominierte Weltordnung zu schaffen. In dieser von den Vereinigten Staaten gestalteten Weltordnung könnten die USA ihren eigenen Niedergang überleben und zudem jeden möglichen Rivalen dauerhaft von der Möglichkeit abschneiden, ein vergleichbares Ziel anzustreben. Das Gelingen dieses Plans vorwegnehmend, bezeichnet Brzezinski die USA bereits 1997 als die *„erste, einzige und letzte echte Supermacht“*, die dem Rest der Welt in Gestalt seiner politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Ordnung eine *„Erbschaft“* *„hinterlassen würde“*.

Anhand dieser Zitate dürfte deutlich werden, dass das Projekt, die Dominanzposition der USA im kommenden Jahrhundert massiv auszubauen und das Land gewissermaßen zum organisierten Zentrum der Welt zu machen, ein parteiübergreifender Plan war. Politische Differenzen zwischen der demokratischen oder republikanischen Partei – sowie den verschiedenen politischen Flügeln in beiden Parteien selbst – bezogen sich eher auf die zu bevorzugende Strategie oder die zu ergreifenden Methoden, als dass sie das Ziel eines neuen amerikanischen Jahrhunderts infrage stellten.

Und dass es sich bei diesem Projekt tatsächlich um eine politische Realität handelt, wird noch daran deutlich, dass mittlerweile in den internationalen Beziehungen dieser Plan offen beim

⁹ Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Berlin 1997, S. 283

¹⁰ Ebenda, S. 304 - 306

¹¹ Ebenda, S. 303

¹² Ebenda, S. 305

Namen genannt wird. So hat Wladimir Putin in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 von diesen Plänen gesprochen. Die deutsche Presse hat Putin daraufhin vielfach angegriffen. Gleichzeitig wurde der Inhalt der Rede in deutschen Zeitungen kaum wiedergegeben. Ich möchte deshalb an dieser Stelle zwei Passagen vorlesen:

„In wie freundlichen Farben auch immer man [eine solche unipolare Welt] ausmalen mag, letztlich bezieht sich der Terminus auf eine bestimmte Situation, in der es ein Zentrum der Staatsgewalt, ein Machtzentrum und ein Entscheidungszentrum gibt. Das ist eine Welt, in der es einen Herrn gibt, einen Souverän.“ „Was gegenwärtig in der Welt geschieht, ist eine Folge der Versuche, genau dieses Konzept, das Konzept einer unipolaren Welt, in die internationalen Beziehungen zu tragen. (...) Gegenwärtig erleben wir eine fast unbeschränkte, übermäßige Anwendung von Gewalt – militärischer Gewalt – in den internationalen Beziehungen, einer Gewalt, die die Welt in einen Abgrund permanenter Konflikte stürzt. Im Ergebnis haben wir nicht genügend Kraft, auch nur einen dieser Konflikte wirklich umfassend zu lösen. Politische Lösungen zu finden, wird gleichfalls unmöglich. (...) Ein Staat – und dabei spreche ich natürlich zunächst und vor allem von den Vereinigten Staaten – hat seine nationalen Grenzen in jeder Hinsicht überschritten.“¹³

Entscheidend ist hier der Satz: *„Politische Lösungen zu finden wird gleichfalls unmöglich.“* An dieser Stelle deutet Putin an, dass das US-amerikanische Streben nach einer unipolaren Welt letztlich zu einer Kriegssituation führen könnte. Denn wenn politische Lösungen nicht mehr zu finden sind, dann bleibt nur Krieg. Ich zitiere weiter:

"Im Ergebnis ist [eine unipolare Welt] verheerend, nicht nur für alle, die diesem System angehören, sondern auch für den Souverän selbst, weil es ihn von innen heraus selbst zerstört. Und mit Demokratie hat dies ganz gewiss nichts gemein. Denn Demokratie ist, wie Sie wissen, die Herrschaft der Mehrheit unter Berücksichtigung der Interessen und Meinungen der Minderheit." "Ich bin der Auffassung, dass das unipolare Modell nicht nur inakzeptabel, sondern in der heutigen Welt auch unmöglich ist. Und zwar nicht nur deshalb, weil für die Führung einer einzelnen Macht in der heutigen – ausgerechnet in der heutigen – Welt weder die militärischen noch die politischen und ökonomischen Ressourcen ausreichen würden. Noch wichtiger ist, dass das Modell selbst verfehlt ist, weil ihm keine moralischen Fundamente für die moderne Zivilisation zu Grunde liegen." "Unilaterale und häufig illegitime Aktionen haben kein einziges Problem gelöst. Vielmehr haben sie neue menschliche Tragödien verursacht und neue Spannungsherde geschaffen. Urteilen Sie selbst: die Zahl der Kriege wie auch der lokalen und regionalen Konflikte hat sich nicht vermindert. Herr Teltschik hat dies sehr behutsam angesprochen. Und in diesen Konflikten gehen nicht weniger Menschen zugrunde – es sterben sogar noch mehr als zuvor. Beträchtlich mehr! Entschieden mehr!"¹³

¹³ Rede von Wladimir Putin auf der Konferenz für Sicherheitspolitik in München am 10. 02. 2007, Was ist aus den Garantien geworden?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, März 2007, S. 374

In der Tat wohnt dem Streben nach einer unipolaren Welt ein verwirrtes und selbstvergessenes Zivilisationsverständnis inne, hier ist Putin Recht zu geben. Eine unipolare Welt aufgrund ihrer Unipolarität anzustreben ist ein sinnentleertes Unterfangen. Ihm liegt im Kern das Streben nach Macht um ihrer selbst willen zu Grunde. Doch damit ist die dünne Linie überschritten, die Zivilisation von Barbarei scheidet. Denn Zivilisation bedeutet, dass die Logik sich selbst steigender Macht gebrochen wird und nicht zu einem unbedingten Ziel und Zweck an sich werden darf. Zivilisation beinhaltet, dass die Logik der Macht keine zwingende Gültigkeit besitzt und stattdessen in den Dienst von Zwecken gestellt wird, die selbst keine Machtsteigerung versprechen und lediglich einen zivilisatorischen Sinn haben. In einer zivilisierten Welt sind der vollen Entfaltung von Macht durch Recht, Moral und Öffentlichkeit enge Grenzen gesetzt. Dass sich das Projekt – eine unipolare Welt zu errichten – in den USA dennoch durchsetzen konnte, legt den Gedanken nahe, dass das Zivilisationsbewusstsein im öffentlichen Leben der USA stark nachgelassen hat, ja möglicherweise seit Jahrzehnten im Verfall begriffen ist.

Auf der anderen Seite darf man nicht vergessen, dass es in der Geschichte schon eine Vielzahl von Staaten gegeben hat, die die größtmögliche Entfaltung ihres Machtbereichs angestrebt haben. Eine Wiederholung eines solchen Versuchs durch die USA wäre somit nichts Neues. Oder doch? Hat es in der Vergangenheit schon vergleichbare Expansionsunternehmen gegeben? Der soeben zitierte US-amerikanische Politikwissenschaftler Giovanni Arrighi hatte dies verneint und die angestrebte unipolare Welt als das *„ambitionierteste politische Projekt bezeichnet, das jemals in der Menschheitsgeschichte ersonnen wurde.“*¹⁴ Ich selbst hatte am Eingang meines Vortrages auf ähnliche Transformationsphasen in der Geschichte der europäischen Neuzeit hingewiesen. Ich möchte in einem kurzen Exkurs prüfen, ob es tatsächlich vergleichbare Konstellationen in der europäischen Geschichte gegeben hat.

Die Geschichte der europäischen Neuzeit ist eine Geschichte der periodischen Ablösung einer absteigenden Weltmacht durch eine aufsteigende. Stets stand in der Geschichte der europäischen Neuzeit ein Land im Zentrum der damaligen Weltwirtschaft, das sich in dieser Position eine Zeit lang halten konnte (in der Regel 100 -150 Jahre), bis es schließlich durch den Aufstieg eines Rivalen herausgefordert wurde. Auf die zentrale Machtposition Spaniens im 16. Jahrhundert folgte die der Vereinigten Niederlande im 17. Jahrhundert. Doch die Rolle Amsterdams als das führende Handels- und Finanzzentrum Europas wurde schließlich im 18. Jahrhundert durch den Aufstieg Großbritanniens zur weltumspannenden Imperialmacht beendet.

Alle diese europäischen Imperien gründeten ihre Macht anfangs auf einen einzelnen Bereich, in dem sie eine Überlegenheit erlangt hatten. Im Falle Spaniens war dies der Zugriff auf die Edelmetalle Süd- und Mittelamerikas und ihres Imports nach Europa.¹⁵

¹⁴ Giovanni Arrighi / Beverly Silver: Adam Smith in Beijing, Lineages of the Twenty-First Century. London/New York 2007, S. 249

¹⁵ Vgl.: Immanuel Wallerstein, Das moderne Weltsystem Bd. I

Im Falle der Vereinigten Niederlande war dies die durch moderne und billige Schiffsbautechnik erlangte Kontrolle über den Ostseehandel.¹⁶ Daraus wiederum ergaben sich nach und nach weitere Handels- und Produktionsvorteile. Schließlich führte dies zum Ausbau der Marine und damit zur militärischen Kontrolle der Handelswege, die wiederum eine weitere Expansion des Handels und/oder der Produktion nach sich zogen. War ein Staat erst einmal zum Zentrum der Weltwirtschaft geworden, so konnte er sich leicht weitere Vorteile aneignen. Hatte der Aufstieg erst einmal begonnen, so besaß er eine sich selbst verstärkende Dynamik, die Jahrzehnte lang durch keinen anderen Staat herausgefordert werden konnte. Alle drei europäischen Imperien wurden auf diese Weise erst zum Handelszentrum und dann in der zweiten Hälfte ihrer Hegemonie zum Finanzzentrum. Auf der einen Seite markierte die Rolle als Finanzzentrum den Höhepunkt der Machtentfaltung. Doch auf der anderen Seite war in dieser Funktion bereits der Keim des Niederganges angelegt. Denn Finanzsupermächte exportieren Kapital. Dies ermöglicht ihnen zum einen, vom Wirtschaftswachstum in fremden Ländern zu profitieren. Doch zum anderen haben sie auf diese Weise unbeabsichtigt andernorts den Entwicklungsprozess angestoßen, der sie selbst einst hat groß werden lassen. So geschah es den niederländischen Kaufleuten, die Ende des 17. Jahrhunderts im großen Umfang in England investierten und auf diese Weise dabei halfen, ein neues Produktionszentrum zu schaffen, durch das die Vorherrschaft Amsterdams über den Welthandel schließlich beendet werden sollte. Und so geschieht es zurzeit den USA mit China, an dessen Wirtschaftswachstum sie einerseits verdienen, doch dessen Aufstieg langfristig ihre eigene Stellung in der Welt bedroht.

So wie Imperien in ihrer Aufstiegsphase von einer sich selbst verstärkenden Dynamik profitieren, so weist auch ihr Abstieg sich selbst verstärkende Tendenzen auf. Die Kosten zur Aufrechterhaltung der Machtstruktur übersteigen schließlich die Gewinne. Es wird zunehmend schwerer, fremde Länder und Erdteile zu dominieren und ihnen ein Surplus abzutrotzen. Auf diese Weise gehen einer imperialen Macht nach und nach die Vorteile wieder verloren, die einst ihren Aufstieg begründeten. Typisch für diesen Abstieg ist auch, dass versucht wird, den Verlust eines konkurrenzfähigen Produktionssektors durch die Vorherrschaft über den Finanzsektor auszugleichen. Doch kann eine solche Verlagerung der Machtbasis den Niedergang nur um einige Jahrzehnte verzögern, nicht aber aufhalten. Alle diese Strukturelemente finden sich gleichermaßen in der imperialen Geschichte der Vereinigten Niederlande im 17. Jahrhundert, Großbritanniens im 18. und 19. Jahrhundert und der USA im 20. Jahrhundert. In dieser Hinsicht ähnelt das Schicksal der Vereinigten Staaten dem der europäischen Imperien. Doch es gibt auch einen gravierenden Unterschied. Es fiel diesen europäischen Zentrumsstaaten der damaligen Weltwirtschaft relativ leicht, Kolonien in Süd- und Nordamerika oder Afrika zu erwerben. Doch es fiel ihnen umgekehrt verhältnismäßig schwer, sich gegen die Konkurrenz anderer Staaten in Europa zu verteidigen, die ein kulturell ähnliches Entwicklungsniveau besaßen. Die Machtentfaltung der europäischen Imperien in Übersee stand in schroffem Gegensatz zu ihrer

¹⁶ Vgl.: Immanuel Wallerstein, Das moderne Weltsystem Bd. II

Machtbegrenzung in Europa. Wohl gelang es ihnen von Zeit zu Zeit, ihre europäischen Rivalen militärisch zu dominieren oder wirtschaftlich von sich abhängig zu machen. Doch es war ihnen nie möglich, sie in den eigenen Herrschaftsbereich auf Dauer zu integrieren.

Dies ist ein wesentlicher Unterschied zur antiken Welt. Rom war im Laufe seiner Geschichte tatsächlich in der Lage gewesen, alle seine Rivalen nach und nach zu besiegen und ins eigene Herrschaftsgebiet einzugliedern. Als der letzte Küstenstreifen des Mittelmeeres erobert war, nannten es die Römer *mare nostrum* (unser Meer). Auf diese Weise entstand nach der Niederlage Karthagos eine Identität zwischen den Grenzen der damaligen Weltwirtschaft und den Grenzen des Römischen Imperiums. Eine solche Identität hat es in der imperialen Geschichte der europäischen Neuzeit dagegen nie mehr gegeben. Ein Versuch hierzu wurde unter der Regentschaft Karl des V. in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts unternommen, insofern er die wirtschaftlich bedeutenden Regionen Europas in einem Königshaus zu vereinigen suchte. Doch dieser Versuch scheiterte. Und auch die Napoleonischen Feldzüge waren möglicherweise ein Unternehmen, das eine solche Identität unter Führung Frankreichs herstellen sollte. Doch auch dieser Versuch scheiterte. Dieser Umstand beschreibt eine Grenze der imperialen Machtentfaltung, die zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert eine scheinbar unumstößliche Gültigkeit besaß. Zwar gab es eine Abfolge von Imperien, doch deren Grenzen umfassten nie die gesamte Weltwirtschaft. Nach dem Untergang des Römischen Reichs war kein Imperium mehr in der Lage, eine Identität zwischen den Grenzen seines Machtbereichs und denen der damals zugänglichen Wirtschaftsräume der Welt herzustellen.

Und die Frage, die man hieran anknüpfen kann, ist die, ob diese Grenze auch heute, im beginnenden 21. Jahrhundert, noch existiert – oder ob nicht die soeben beschriebenen von den USA entwickelten Methoden, Macht vorzugsweise informell auszuüben, hier einen Bruch in der Geschichte imperialer Macht bedeuten könnten. Es gibt heute tatsächlich ein ganzes Spektrum an Möglichkeiten, um in der heutigen Welt Macht zu zentralisieren, welche vergangenen Imperien so noch nicht zu Gebote standen. So lässt sich beispielsweise durch den Export westlicher Kultur die kulturelle Identität fremder Nationen schwächen. In der globalisierten Welt ähneln sich die Symbolik, die Sprache und Kultur über Landesgrenzen hinweg immer mehr. Gelingt es einem zudem, Einfluss auf die Medien eines Landes zu erlangen, etwa dadurch, dass ein Monopol geschaffen wird – wie durch Silvio Berlusconi in Italien oder Rupert Murdoch in gleich einer Vielzahl von Ländern –, so kann man sogar die Öffentlichkeit eines Landes beeinflussen. Über Institutionen wie die WTO, den IWF, die Weltbank ist es möglich, die Wirtschaftspolitik und damit die Innenpolitik eines Landes beeinflussen. Sehr beliebt zum Zweck der Machtausübung war in den zurückliegenden Jahrzehnten auch das Mittel des Schuldenimperialismus. Schließlich erlauben es die Prozesse der EU-Erweiterung und der NATO-Erweiterung, Grundlagen des eigenen Rechtssystems und der eigenen Wirtschaftsweise in fremde Länder zu exportieren. Durch Finanzmacht lassen sich die Schlüsselindustrien fremder Länder erwerben oder Rohstoffvorkommen sichern. Und schlussendlich kann die Errichtung von militärischen Basen zwar nicht die direkte Macht, aber durchaus die Raumhoheit über fremde Gebiete sicherstellen.

Zu guter Letzt gibt es allein in Deutschland ein dichtes Geflecht transatlantischer Organisationen wie der Atlantik-Brücke, des German Marshall Fund, des Aspen-Instituts, mit denen die USA in der Lage sind, Einfluss auf die Elitenbildung des Landes zu nehmen. Ähnliche Strukturen sind auch in anderen Ländern vorhanden und erlauben es, politische Trends weltweit zu koordinieren.

Es gibt somit vielfältige Möglichkeiten, in der heutigen Welt globale Machtstrukturen zu errichten. Und möglicherweise ist dadurch tatsächlich eine Grenze überschreitbar geworden, an der alle Imperien vergangener Jahrhunderte noch gescheitert sind. Vor diesem Hintergrund erscheint das geopolitische Projekt, das die US-amerikanischen Eliten in den 90er Jahren ersonnen haben, nicht mehr ganz so verrückt wie zuvor. Möglicherweise hat man in den 90er Jahren auch den Strukturwandel politischer Machtausübung in modernen Gesellschaften analysiert und kam auf Basis dessen zu dem Schluss, dass eine unipolare Welt gewissermaßen technisch realisierbar geworden ist. Sollten diese Überlegungen zutreffen, dann überträfe der Machtentwurf, den die USA in unserer Gegenwart anstreben, in der Tat alles, wovon die europäischen Imperien des 16., 17., 18. und 19. Jahrhunderts auch nur träumen konnten. Der zuvor zitierten Aussage Giovanni Arrighis vom „*ambitioniertesten politischen Projekt der Menschheitsgeschichte*“ wäre somit Recht zu geben. Die angestrebte US-dominierte unipolare Welt stünde nicht in der Nachfolge der europäischen Imperien der Neuzeit. Das Projekt wäre etwas qualitativ Neues. Er stünde, wenn überhaupt, in der Nachfolge Roms. Denn nur dem Römischen Reich war in Bezug auf den Mittelmeerraum schon gelungen, was die USA für unsere Welt anstreben: nämlich eine Identität zwischen den Grenzen des Imperiums und denen der Weltwirtschaft herzustellen.

Als in den 90er Jahren beschlossen worden war, eine unipolare Welt anzustreben, entzündeten sich die Meinungsverschiedenheiten jedenfalls nicht an der Frage, ob ein solches Projekt sinnvoll oder nicht sinnvoll sei, sondern sie entzündeten sich an der Frage, mit welchen Mitteln und Methoden es anzustreben sei. Selbstverständlich nutzten alle Administrationen mehrere Möglichkeiten der Machtentfaltung gleichzeitig. Doch lassen sich im Rückblick Schwerpunkte identifizieren, hinsichtlich derer sich die einzelnen Fraktionen voneinander unterschieden. So konzentrierte sich die Clinton-Administration ganz vorwiegend auf die finanzpolitische Expansion der USA. In der Amtszeit Präsident Bushs spielte die Monopolisierung der Ölvorräte mit den Mitteln militärischer Macht die Schlüsselrolle. Unter der Amtszeit eines zukünftigen Präsidenten Barack Obama könnten die geostrategischen Überlegungen bezüglich der Bedeutung des Kontinents Eurasien – also letztlich eine geographische Machtlogik – in den Mittelpunkt der Außenpolitik rücken.

Ich möchte die hier genannten drei Möglichkeiten nacheinander durchgehen. Während der Amtszeit Bill Clintons wurde das amerikanische Wirtschaftswachstum massiv durch die dot.com-Blase angetrieben. In seiner Amtszeit gelang es den USA, große Teile des ehemals sowjetischen Raums in den Dollarraum einzugliedern. 1999 lagen über 70 Prozent des gesamten Geldes weltweit in Form von Dollar vor. Die amerikanische Finanzwirtschaft blühte auf,

und es gelang den USA, ihren Anteil am weltweiten Bruttosozialprodukt von ehemals rund 25 Prozent auf 30 Prozent zu steigern. Internationale Institutionen wie die WTO, IWF und Weltbank wurden auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik festgelegt. Auf diese Weise gelang es den USA, die Wirtschaftspolitik der übrigen Welt noch fundamentaler zu lenken und zu beeinflussen als in der Vergangenheit. Die Liberalisierung und Beseitigung von Kapitalkontrollen und die immer weiter vorangetriebene Entwicklung neuer Finanzprodukte waren unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Die USA waren in den 90er Jahren in der Lage, über die Finanzmärkte die Wirtschafts- und damit die Innenpolitik in weiten Teilen der Welt beeinflussen. Die Vereinigten Staaten waren so mächtig, dass sie ein anderes Land zwingen konnten, seine Währung abzuwerten, sich für ausländische Investoren zu öffnen, den Sozialstaat zu reduzieren, Handelschranken abzubauen und vieles andere mehr. Während sich die USA in einem scheinbar nicht enden wollenden Wirtschaftsboom befanden, gerieten die Währungen mehrerer Schwellenländer massiv unter Druck. Die Asienkrise 1997 führte dazu, dass viele der ehemals Erfolg versprechenden Tigerstaaten Asiens über Nacht 40 Prozent ihres Wohlstandes verloren. Ähnliche Wirtschaftszusammenbrüche wiederholten sich in anderen Teilen der Welt, etwa in Lateinamerika. Die Macht Washingtons schien in den 90er-Jahren unangefochten. Die neue virtuelle Ökonomie der Finanzmärkte versprach Dekaden ungebrochenen Wachstums. Erst jetzt schien das Land die Früchte der finanzpolitischen Umstellung der siebziger Jahre zu ernten. Und in dieser Dekade entstanden weitreichende Pläne für eine weitere Ausdehnung US-amerikanischer Macht im kommenden Jahrhundert. So Erfolg versprechend der liberale und finanzpolitische Imperialismus der Clinton Ära auch war, so schien die Expansion insgesamt doch zu langsam voranzugehen. Und so kam nach den Wahlen im Jahr 2000 eine Gruppe rechtsimperialer Politiker an die Macht. Viele von ihnen hatten bereits unter Reagan gedient. Sie strebten die Ausdehnung US-amerikanischer Macht mit militärischen Mitteln an – durch eine militärische Monopolisierung der Weltölvorräte. 2/3 der Ölvorräte sind im Nahen Osten und in Zentralasien beheimatet. Und just auf diese Region konzentrierten sich die militärischen und strategischen Interessen der USA. Dick Cheney hatte bereits 1999, als er noch Aufsichtsratsvorsitzender in der Ölfirma Halliburton war, eine Rede gehalten, in der er vor der Verknappung der Weltölvorräte in den kommenden Jahren warnte und zugleich deutlich machte, dass die mit Abstand größten Reserven zwischen Saudi-Arabien und dem Kaspischen Meer beheimatet sind. Er bezeichnet diese Region wörtlich als den Ort, „wo letztlich der Hauptgewinn zu finden ist“.¹⁷

Und diese Region geriet nun in der Amtszeit Bushs ins Fadenkreuz der Expansionsbestrebungen der USA und sollte sprichwörtlich erobert werden. Der ehemalige General Wesley Clark hatte vor einem Jahr in der Fernsehsendung „Democracy now“ ausgeplaudert, dass ursprünglich in Bushs Amtszeit sieben Kriege in der Nahost-Region geplant waren. Nicht nur Afghanistan und Irak standen auf der Liste potentieller Angriffsziele. Glaubt man Clark, so waren auch

¹⁷ Dick Cheney, Where the prize ultimately lies, in: „Studien von Zeitfragen“ Internet-Ausgabe, 2007, www.studien-von-zeitfragen.de/Zeitfragen/Cheney_on_Oil/cheney_on_oil.html.

Kriege gegen Syrien, Iran, Libanon, Lybien, Sudan und Somalia geplant.¹⁸ Ein Blick auf die Karte zeigt, dass damit die Erdölregionen Persiens, der arabischen Halbinsel und Nordafrikas einschließlich aller Transportrouten regelrecht umzingelt worden wären. Doch warum konzentrierten sich die amerikanischen Machtbestrebungen so sehr auf die Kontrolle der Ölvorräte?

Diese werden zwar knapp, was man an den in den letzten Jahren enorm gestiegenen Benzinpreisen sieht, auch wenn diese jetzt kurzfristig durch die wirtschaftliche Schrumpfung im Zuge der Finanzkrise wieder gefallen sind. Der herannahende Förderhöhepunkt beim Öl, auch Peak Oil genannt, dürfte sicherlich einer der Gründe für die aktuellen Ressourcenkriege sein. Doch es geht beim Öl nicht nur um die physische Verfügbarkeit.

Mindestens ebenso wichtig ist die Macht, die sich durch die Kontrolle über diesen Rohstoff in der heutigen Welt ausüben lässt. Bereits eine Unterversorgung von 10 bis 20 Prozent würde die gesamte Wirtschaft eines Landes in die Rezession stürzen. Für moderne Industriegesellschaften hat Öl eine ähnlich zentrale Bedeutung wie Wasser für den menschlichen Organismus. Es ist die zentrale Achillesferse moderner Gesellschaften. Vom Transportsektor über die chemische Industrie bis zur industriellen Landwirtschaft sind nahezu alle Sektoren der Wirtschaft vom Öl abhängig. Einer Industriegesellschaft, der das Öl ausgeht, bleibt nichts anderes übrig, als ökonomisch zu schrumpfen. Und deshalb bietet die Kontrolle des Zuflusses von Öl eine Möglichkeit, andere Staaten in Abhängigkeit zu halten und zu kontrollieren. Man kann durch die Kontrolle von Öl Macht über Staaten ausüben. Doch wie wird diese Macht im Einzelnen ausgeübt?

Die USA sind die führende Seemacht der gesamten Welt. Die USA kontrollieren praktisch alle Seewege. Damit kontrollieren die Vereinigten Staaten aber auch den Transport des größten Teils des Öls, das ganz überwiegend zur See befördert wird. Nur ein sehr geringer Teil des Öls wird nicht mit Schiffen transportiert. Und das ist zum einen das Öl, das einige der Förderländer selbst verbrauchen oder in angrenzende Länder exportieren, und das ist zum anderen das Öl, das zum Teil in Russland und Zentralasien gefördert wird und von dort aus über Pipelines nach Europa, Indien oder China transportiert werden kann. Dieses Öl entzieht sich gewissermaßen der US-amerikanischen Kontrolle. Und so ist es kein Zufall, dass eines der Hauptziele des Afghanistankriegs darin bestand, eine Pipeline vom Kaspischen Meer durch Afghanistan über Pakistan an den Indischen Ozean zu verlegen, um auf diese Weise in der Lage zu sein, auch das Öl des Kaspischen Meeres über Seewege zu transportieren und damit auch das Öl des Kaspischen Meeres durch den Handel über Seewege zur Stützung der amerikanischen Macht zu verwenden.

Doch auch die Kontrolle der Seewege ist nicht das letzte Ziel US-amerikanischer Machtpolitik, sondern wiederum nur ein Mittel zum Zweck. Was die Kontrolle der Förderregionen und der Seewege so wichtig macht, ist letztlich die finanzpolitische Bedeutung des Öls. Es wurde bereits angedeutet, dass die Umstellung des weltweiten Finanzsystems in den 70er Jahren damit verbunden war, dass die Nahostregion zu einer der zentralen Einflussphären der USA erklärt

¹⁸ General Wesley Clark in der Fernsehsendung „Democracy now“ am 2. März 2007

wurde. Ungefähr zur gleichen Zeit wurde der Dollar vom Goldstandard abgekoppelt. Das gleichzeitige Auftreten, also die Aufhebung der Goldbindung des Dollars und die Fokussierung auf eine Kontrolle des Öls, hat auch zu der These geführt, das Öl habe das Gold als Wertanker ersetzt und die Golddeckung sei gewissermaßen durch eine Öldeckung ersetzt worden. Doch diese These ist in ihrer einfachen Form falsch. Die Golddeckung wurde nicht einfach durch eine Öldeckung ersetzt. Das liegt allein schon darin begründet, dass Öl und Gold sehr unterschiedliche Eigenschaften haben. So kann man Öl nicht in gleicher Weise horten wie zum Beispiel Gold.

Gleichwohl muss man zugestehen, dass die USA seit den 70er Jahren durch verschiedene Abkommen mit einzelnen OPEC-Staaten sicherstellten, dass Öl nur in Dollar gehandelt wird – und dass dies international zu dem Zwang geführt hat, Dollar erwirtschaften zu müssen, um die Ölrechnung bezahlen zu können. Außerdem hat die Fakturierung von Öl in Dollar eine Leitfunktion für alle übrigen Rohstoffe, die infolgedessen ebenfalls in Dollar gehandelt werden. Auf diese Weise sind alle Länder der Welt gezwungen, durch Exportüberschüsse in die USA Dollarüberschüsse zu erwirtschaften. Dies wiederum hat auch dazu geführt, dass der Dollar die dominierende Reservewährung der Welt geworden ist. Tausende von Milliarden Dollar werden von den Zentralbanken der Welt gehortet, damit sie so den Wert ihrer eigenen Währung stützen können.

Der ausschließliche Erwerb von Öl durch Dollar hat somit die Rolle des Dollars als einziger Weltwährung massiv gestärkt. Der zweite Hegemoniezyklus der USA, der in den 70er Jahren begann und auf der Dominanz der Vereinigten Staaten als Finanzsupermacht beruht, ist somit eng verwoben mit einer Kontrolle Washingtons über den größten Teil der weltweiten Ölvorräte, ihres Transports und ihrer Fakturierung. Die Kontrolle des Öls stellte sicher, dass der Dollar auch noch Weltwährung blieb, als die USA nur noch 25 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung stellten. Solange aber der Dollar die allgemein akzeptierte Weltwährung ist, solange kann auch die US-amerikanische Notenbank im großen Stil Geldvermehrung betreiben und die dadurch sichergestellten Seignoragevorteile an den US-amerikanischen Staat weiterreichen. Der Status des Dollars als Weltwährung garantiert, dass der amerikanischen Regierung gegenüber anderen Staaten gewaltige finanzpolitische Spielräume zur Verfügung stehen. Solange der Dollar Weltwährung, Öl-Währung und allgemein akzeptierte Reservewährung in einem ist, existieren gewaltige Dollar-Bestände in der Welt. Betreibt die amerikanische Notenbank eine kontrollierte Vermehrung der Geldmenge um wenige Prozente, so bedeutet dies dennoch zusätzliche finanzielle Mittel von mehreren 100 Milliarden \$. Diese stehen dann zur Verfügung, um beispielsweise den gewaltigen Militärhaushalt der USA zu finanzieren. 2004 betrugen die Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten 437 Milliarden \$. Nur vier Jahre später, 2008, waren sie bereits auf 648 Milliarden \$ angestiegen.

Inflatorische Effekte, die durch die Geldmengenvermehrung zu Stande kommen, werden von all jenen getragen, die mit Dollarnoten handeln. Und dies sind zu 75 Prozent Ausländer, ausländische Unternehmen oder Banken. Denn Dreiviertel aller Dollarbestände zirkulieren außerhalb der USA. Durch eine kontrollierte Vermehrung der Geldmenge und eine dadurch ausgelös-

te schwache Inflationsrate sind die USA gewissermaßen in der Lage, andere Staaten, die in Dollar Handel treiben, zu besteuern. Auf dem Status des Dollars als Weltwährung fußt auf diese Weise ein indirektes Tributsystem. Die Fähigkeit, andere Staaten zu besteuern, ist neben der direkten Präsenz der Truppen und Basen ein klassisches Kennzeichen von Imperien.

Es sind somit zwei Merkmale, welche die Vereinigten Staaten als Imperium kennzeichnen. Ihre Fähigkeit andere Länder indirekt zu besteuern – und zum anderen die weltweite Truppenpräsenz der USA. Der Base Structure Report von 2003 nennt 702 militärische Basen in 130 verschiedenen Ländern, in denen 250.000 Militärpersonen arbeiten. Hinzu kommen 6.000 Militärbasen in den Vereinigten Staaten selbst. Die USA vereinigen 63 Prozent der militärischen Schiffstonnage und 91 Prozent der seegestützten Luftstreitkräfte. 24 von weltweit 34 Flugzeugträgern fahren unter US-amerikanischer Flagge. Auf einem einzigen Flugzeugträger der Nimitz-Klasse – Anschaffungswert 5 Milliarden \$ – arbeiten 4.000 bis 6.000 Personen. Hinzukommen über 70 Atom-U-Boote zum Stückpreis von 2 Milliarden \$. Die USA sind aber nicht nur ein Imperium der Seestreitkräfte, sondern auch eines der Basen. Die weit über 700 Militärbasen in anderen Ländern gewährleisten zwar nicht die direkte Kontrolle über die betreffenden Länder, wohl aber die Raumhoheit der Vereinigten Staaten rund um den Globus. Dies hat zur Folge, dass kein anderes Land jederzeit wie die USA überall auf der Welt militärisch aktiv werden kann.

Zwischen beiden Merkmalen ihrer Imperialmacht – ihrer Fähigkeit, andere Länder zu besteuern, als auch ihrer militärischen Vormachtstellung und Präsenz – besteht ein Zusammenhang. Die Macht des Dollars im Welthandel und die militärische Macht der USA sind zwei Säulen, die sich gegenseitig stützen. Verlöre der Dollar seinen Status als Weltwährung, so sänken die finanzpolitischen Spielräume der USA dramatisch, und das Land könnte in Folge nicht länger seine militärische Vormachtstellung garantieren.

Und wenn umgekehrt die USA ihre militärische Vormachtstellung verlieren, könnte dies viele Länder der Welt dazu ermuntern, aus dem zunehmend kostspielig gewordenen Dollar-System auszuscheren. Dies wäre etwa dadurch möglich, dass man die eigenen Rohstoffe fortan lieber in anderen Währungen als dem Dollar handelt oder aber seine Währungsreserven aus anderen Währungen oder sogar Gold zusammensetzt. Wie sehr Militärmacht und Dollarmacht miteinander verzahnt sind, wird am Beispiel des Irak deutlich. Im Jahre 2000 hatte Saddam Hussein im Rahmen des Programms „Öl für Nahrungsmittel“ begonnen, die während des Embargos zuerkannten Ölverkäufe in Euro statt Dollar abzuwickeln. Der US-amerikanische Angriff auf den Irak drei Jahre später erfolgte sicherlich nicht nur aus diesem Grund. Doch es war bezeichnend, dass unmittelbar nach der Besetzung des Landes die Ölverkäufe sofort auf Dollar umgestellt wurden. Auch der Iran hat jahrelang damit gedroht, seine Ölverkäufe vom Dollar zu lösen. Die Gründung einer entsprechenden iranischen Ölbörse auf der Insel Kish wurde zwischen 2005 und 2007 immer wieder angekündigt und immer wieder verschoben. Parallel dazu spitzte sich der Konfrontationskurs zwischen Teheran und Washington immer mehr zu. Erst seit Fe-

bruar 2008 wird auf der neuen Ölbörse Handel getrieben und erstmals Öl in Yen, Rubel und Euro verkauft.

Man kann somit sagen, dass letztlich das Vorhaben der Bush-Administration gescheitert ist. Der Versuch, die Ölvorräte des Nahen Ostens mit militärischen Mitteln zu sichern, ist bereits im Irak versandet. Der Irakkrieg, ursprünglich mit 50 Milliarden Dollar veranschlagt, hat bis heute die 12fache Summe an Geldern verschlungen (600 Milliarden Dollar)¹⁹ Die hohen Kosten und der Protest einiger europäischer Verbündeter verhinderten weitere militärische Interventionen. Die Öl-Dollarbindung steht trotz des Einmarsches der USA in den Irak auf dem Prüfstand. Auch wenn die iranische Ölbörse für sich genommen den Dollar nur symbolisch herausfordert, so könnte sich dies durchaus ändern, wenn Länder wie Russland, Venezuela und einige andere Ölförderstaaten beginnen, Öl und Gas in heimischer Währung zu verkaufen. Möglicherweise sind erste Schritte hierzu in der derzeitigen Finanzkrise eingeleitet worden. Und auch der Status des Dollars als internationale Reservewährung dürfte im Zuge der Finanzkrise an Bedeutung verlieren. Peer Steinbrücks Bemerkung, angesichts der Bankenzusammenbrüche in Übersee würden „die USA [...] ihren Status als Finanzsupermacht verlieren“²⁰, hatte durchaus seine Berechtigung. Wird damit auch das Streben der Vereinigten Staaten nach einer unipolaren Weltordnung zu den Akten gelegt?

Die Beantwortung dieser Frage hängt nicht nur von der realen Machtfülle der USA ab – diese ist, trotz der derzeitigen Finanzkrise, immer noch groß –, sondern auch von der psychologischen Bereitschaft der amerikanischen Eliten, den Verlust geopolitischer Bedeutung zu akzeptieren. Es ist ein bekanntes Strukturmerkmal der Geschichte, dass Imperien, die in Bedrängnis geraten, sich nicht etwa auf ihr Kerngebiet zurückziehen, sondern umgekehrt zu expandieren versuchen. Oft richtet sich diese Expansion gegen eine aufsteigende Macht, die als Nachfolger der sinkenden Imperialmacht infrage kommt. Oder sie richtet sich, wie im Falle des Irak und Afghanistans, auf strategische Rohstoffe und Landverbindungen, durch die sich das sinkende Imperium eine Art Faustpfand bzw. einen Machthebel gegenüber den Konkurrenten anzueignen versucht. Relativ selten ist es in der Vergangenheit geschehen, dass eine imperiale Macht freiwillig auf ihren Machtstatus verzichtet hätte. Eine der wenigen Ausnahmen ist die Auflösung der Sowjetunion, die, auf eine letzte Expansionsanstrengung verzichtend, sich freiwillig zum Verlierer des Kalten Krieges erklärte. Dieser Verzicht auf eine strategisch nicht zu haltende geopolitische Position war sicherlich eng verknüpft mit der Figur Gorbatschows. Wäre Gorbatschow 1985 nicht an die Macht gekommen, hätte eine Alternative darin bestanden, dass russische ‚Neokonservative‘ ihr Heil in einer verschärften militärischen Konfrontation suchen. Diese Möglichkeit erhob kurz ihr Haupt, als am 19.08.1991 eine Gruppe aus der alten kommunistischen Garde für einige Tage die Macht an sich riss. Im Gegensatz dazu erwies sich Gorbat-

¹⁹ Stand Februar 2009

²⁰ Quelle: Steinbrück sieht die Zukunft „multipolar“, Tagesspiegel 25. Sep. 2008

schows Politik als fähig, aus dem engen Gedankenkreis geopolitischer Interessen herauszutreten und eine ganz neue Situation herzustellen.

Wären auch die US-amerikanischen Eliten zu einer ähnlich reifen Reaktion fähig? Könnte ein zukünftiger Präsident Obama das überdehnte US-amerikanische Imperium reduzieren, ja vielleicht sogar abwickeln? Wäre einem amerikanischen Präsidenten überhaupt zuzutrauen, den sich seit 40 Jahren verschärfenden Widerspruch zwischen der Republik USA und dem Imperium USA zu Gunsten der Republik aufzulösen?

Ein Grund, der deutlich gegen diese These spricht, ist, dass US-amerikanische Präsidenten gar nicht über die Machtfülle verfügen, die notwendig wäre, um einen mit Gorbatschows Politik vergleichbaren Kurswechsel einzuleiten. Ein sowjetischer Generalsekretär verfügte über weit mehr Macht als ein amerikanischer Präsident. Das politische System in den USA wird in außenpolitischen Fragen im Wesentlichen von Think Tanks bestimmt, deren Mitglieder sich wiederum aus Schlüsselbereichen der Macht wie dem militärisch-industriellen Komplex, der Ölindustrie, der Wall Street, dem Pentagon oder den Geheimdiensten rekrutieren. Eine US-amerikanische Perestroika könnte nicht auf die Initiative eines Präsidenten oder einer kleinen Gruppe zurückgehen, sondern ist eigentlich nur als programmatische Entscheidung mächtiger Institutionen denkbar. Dass eine mächtige Institution wie zum Beispiel der ‚Council on Foreign Relations‘ eine Zurücknahme US-amerikanischer Interessen beschließen könnte, erscheint angesichts des Geistes dieser Institution mehr als unwahrscheinlich, wenn nicht gar unmöglich.

Betrachtet man zudem noch die Äußerungen vieler Mitglieder der US-amerikanischen Elite, wird deutlich, dass das Land stärker als vorangegangene imperiale Mächte mit seiner Weltmachtposition und seiner Rolle in der Geschichte identifiziert ist. Die einfache Bevölkerung der USA ist zwar gegenwärtig eher imperiumsmüde. Doch für die US-amerikanische Elite liegt eine Aufgabe oder ein Verlust der Weltmachtposition immer noch jenseits ihres Vorstellungsvermögens. Aus diesen Gründen ist zu erwarten, dass die Mitte der 90er Jahre entstandene Idee einer unipolaren Welt noch längst nicht aufgegeben worden ist. So hat der ehemalige Präsident Bill Clinton erst jüngst geäußert, dass mit einer neuen Regierung der Demokraten die US-amerikanische Weltmachtposition schnell wiederhergestellt sein würde. Und auch der ehemalige Sicherheitsberater unter Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, hat in seiner jüngsten Buchveröffentlichung im Jahre 2007 die Möglichkeit einer „Second Chance“²¹ beschworen. Voraussetzung allerdings, so Brzezinski, sei, dass die USA, anders als während der Amtszeit Präsident Bushs, nun im Verbund mit Europa handeln würden. Mit anderen Worten: Europa soll mit ins Boot geholt werden, damit auf diese Weise der geopolitische Machtverlust der USA ausgeglichen werden kann. Im Verbund mit Europa sehen die USA die Möglichkeit, doch noch die unipolare Weltordnung zu erreichen. Und möglicherweise wäre ein Präsident Obama, der ein modernes, antirassistisches Amerika verkörpert, nach acht Jahren Bush genau die richtige Besetzung, um die europäischen Eliten für die US-amerikanischen Expansionspläne zu gewinnen.

²¹ Zbigniew Brzezinski, *Second Chance*, New York 2007

Dass dies tatsächlich eine reale Möglichkeit ist, deutet die Rede an, die Barack Obama im Sommer 2008 am Fuße der Siegestsäule in Berlin gehalten hat. Auch wenn sich Obama darin jeder konkreten geopolitischen Stellungnahme enthielt, so waren doch die wortreichen Floskeln auffällig, mit denen er den Geist der transatlantischen Solidarität beschwor, die vor angeblich neuen, nicht näher bezeichneten Herausforderungen stehe und ein neues solidarisches Zusammenstehen erfordere. Was könnte er meinen?

Was er meinen könnte, wird verständlich, wenn man die Schriften seines außenpolitischen Beraters Zbigniew Brzezinskis zu Rate zieht. Brzezinski, der auch schon Sicherheitsberater unter Jimmy Carter war, ist zwar nur einer von mehreren außenpolitischen Beratern Obamas. Allerdings unter diesen der erfahrenste, intelligenteste und einflussreichste. Eine von der Washington Post bereits im Jahr 2007 veröffentlichte Liste der außenpolitischen Berater nennt ihn zusammen mit dem Namen seines Sohnes Mark Brzezinski an zweiter und dritter Stelle.²² Außerdem hat Obama Brzezinski bei einem gemeinsamen Auftritt nicht nur als "outstanding friend" bezeichnet. Im gleichen Atemzug hat Obama Brzezinski als den „bedeutendsten Denker und Gelehrten charakterisiert, welcher der amerikanischen Außenpolitik derzeit zur Verfügung steht.“ So habe er in „immensem Maße von Dr. Brzezinski gelernt.“ Später, als sich gegen diesen Einfluss Kritik formierte, hat Obama zwar Brzezinskis Bedeutung wieder heruntergespielt und Brzezinski lediglich als normalen Berater und nicht als Schlüsselberater bezeichnet. Doch als Brzezinski und Obama unabhängig voneinander gefragt wurden, wann sie sich erstmals begegnet seien und kennengelernt hätten, verwickelten sich beide heillos in Widersprüche.²³ Vor diesem Hintergrund werden Aussagen Obamas oder Brzezinskis, die ihr Verhältnis leugnen oder herunterspielen, natürlich unglaubwürdig. Aus diesem und einer ganzen Reihe anderer Gründe gehen weltweit zahlreiche Intellektuelle nach wie vor von Brzezinskis Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik unter der Obama-Administration aus.²⁴ Für diese These spricht auch, dass Obama Brzezinski wenige Tage nach Regierungsantritt damit ehrte, eine der ersten Auslandsreisen der neuen Administration durchzuführen. Brzezinski reiste in sein Geburtsland Polen und nahm somit inoffiziell das Amt des US-Außenministers wahr. In Warschau teilte er der polnischen Regierung den neuen Standpunkt der USA zum geplanten Raketenschild mit und deutete an, dass je nach Verhalten Moskaus unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten in der amerikanischen Russlandpolitik offen stünden.²⁵ Der Einfluss Brzezinskis scheint also immer noch groß zu sein. Worin könnte er bestehen? Es sind vor allem drei Ideenkomplexe, die Brzezinskis Denken prägen und die zu einem Bruch mit einigen der von den neokonservativen propagierten Vorstellungen führen könnten. Zunächst ist Brzezinski ein Kritiker des engen

²² The War over the Wonks, Washington Post v. 2. Oktober 2007,

²³ Obama lied about contacts with Brzezinski before OH primary,
www.youtube.com/watch?v=20RGookyRrM

²⁴ Wie z. B. Gore Vidal, Peter Dale Scott, Pepe Escobar, Peter Scholl Latour, Webster Tarpley, u.v.a.

²⁵ Vgl.: Tomasz Konicz, Poznan, Brzezinski rudert zurück, in: Junge Welt v. 28.1.2009

Verhältnisses der USA zu Israel. Religiöse Motive, welche in dieser Hinsicht die Bush-Administration beeinflussten, sind ihm fremd. Der Krieg gegen den Terror wurde von ihm kritisiert, da er im islamischen Kulturkreis als Krieg gegen den Islam wahrgenommen werde und letztlich die US-amerikanischen Interessen im Nahen Osten schwäche. So bezeichnet er es als die Lehre aus den zwei Amtszeiten Bush Juniors, dass keine imperiale Macht ihren Einfluss auf Dauer ausüben könne, wenn sie nicht als Vertreterin von Menschheitsinteressen wahrgenommen werde. Deshalb fordert Brzezinski eine an die multikulturelle Realität des Planeten angepasste Politik der USA. Brzezinski zufolge sollte die US-amerikanische Außenpolitik in einer Form erfolgen, dass zumindest vordergründig den Völkern der Erde das Gefühl der Würde und Anerkennung zuteil wird. Aus dem gleichen Grund tritt Brzezinski auch für eine Politik ein, die Macht wieder verstärkt informell, also durch Stellvertreter, ausübt und so das negative Image der USA nicht noch weiter verstärkt. Und dies führt zur zweiten grundlegenden Vorstellung Brzezinskis. Denn in seinem jüngsten Buch „Second Chance“ entfaltet Brzezinski den Gedanken, dass sich die Welt in einem Zustand des politischen Erwachens befinde. Und dieses Erwachen bedrohe letztlich die imperiale Macht der USA, sofern es den USA nicht gelinge, ihre Wahrnehmung in der Welt positiv zu verändern. Möglicherweise ist der neue Präsident Obama für dieses Vorhaben genau der geeignete Kandidat. Zu dieser Einschätzung kam auch der David Ignatius, Kolumnist der Washington Post, der in seiner Besprechung von Brzezinskis Buch „Second Chance“ dieses als „Obamas Manifest“ bezeichnete.²⁶ Je schneller es Obama gelingt, erneut Sympathien für die Vereinigten Staaten in der Welt zu gewinnen, desto schneller können die USA die Handlungsspielräume zurückgewinnen, die sie während der Amtszeit Bushs eingebüßt haben.

Brzezinski ist ein klassischer Geostratege, der vor allem die strategische Logik zu entschlüsseln versteht, die sich hinter der geographischen Lage einzelner Länder und Regionen verbirgt. Und dies führt zum dritten Ideenkomplex, der sein Denken seit Jahrzehnten bestimmt. Brzezinski glaubt, dass für die Aufrechterhaltung der amerikanischen Weltmachtposition nicht alleine die Kontrolle der Ölvorräte entscheidend ist. Vielmehr hänge das Schicksal der US-amerikanischen Vorherrschaft letztlich davon ab, welche geographischen Räume die USA in der Welt kontrollieren würden. So ist von ihm das Zitat bekannt, dass Russland ohne die Ukraine nicht zu Europa gehören könnte. Besonders zentral in seinem Denken ist die Vorstellung, dass das Schicksal des amerikanischen Imperiums letztlich von der Fähigkeit abhängt, seinen Einfluss auf dem eurasischen Kontinent aufrechtzuerhalten. Berühmt geworden ist Brzezinskis Vergleich Eurasiens mit einem geopolitischen Schachbrett. Brzezinskis Position ist kurz gesagt die, dass die USA sich nicht damit aufhalten sollten, ihre Kräfte in kleinen Staaten wie dem Irak zu vergeu-

²⁶ „Den verblüffendsten Teil von Brzezinskis Buch würde ich als das Obama-Manifest bezeichnen. (Er nennt es nicht so, aber ich glaube nicht, dass er dieser Charakterisierung widersprechen würde.) Brzezinski behauptet, die Welt befinde sich in einem »globalen Erwachen«, das sich in radikal anderen Formen vom Irak bis Indonesien und von Bolivien bis Tibet zeigt. Obwohl sich Amerika darauf konzentriert, was die Menschen wollen (Demokratie und Reichtum, Garantie für Freihandel und offene Märkte), weist Brzezinski in eine andere Richtung: Es geht um Würde.“ David Ignatius, Washington Post vom 14. März 2007

den, sondern dass sie stattdessen ihre Ressourcen auf die Bekämpfung des Hauptgegners konzentrieren sollten. Und der Hauptgegner ist für Brzezinski das Land, das aufgrund seiner geographischen Lage am ehesten die Möglichkeit hat, die Position der USA in Eurasien kurzfristig zu schwächen und langfristig zurückzudrängen:

Eurasien ist „*das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird,*“²⁷ da Eurasien der mit Abstand größte Kontinent der Welt ist. Auf dieser Landmasse sind 75 Prozent der weltweiten Bevölkerung beheimatet. Und außerdem verfügt Eurasien über mindestens Dreiviertel aller Rohstoffe. Daher kommt Brzezinski zur Einschätzung, dass eine Macht, die in Eurasien die Vorherrschaft gewinnt, auch die Vorherrschaft über die gesamte übrige Welt gewonnen hätte: „*Dieses riesige, merkwürdig geformte eurasische Schachbrett -das sich von Lissabon bis Wladiwostok erstreckt -ist der Schauplatz des global play.*“²⁸ „[...] wobei eine Dominanz auf dem gesamten eurasischen Kontinent noch heute die Voraussetzung für globale Vormachtstellung ist.“²⁹ „*Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchst entwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Welt gebieten.*“ Außerdem sind „*Amerikas potentielle Herausforderer auf politischem und / oder wirtschaftlichem Gebiet [...] ausnahmslos eurasische Staaten*“²⁷, nämlich China, Russland, Indien. Um diesen Kontinent zu beherrschen, kommt Europa eine Schlüsselfunktion zu. Europa ist Brzezinski zufolge der Brückenkopf für die USA auf dem eurasischen Kontinent. Nur von Europa aus können die USA weiter in den asiatischen Raum expandieren. „*Amerikas zentrales geostrategisches Ziel in Europa läßt sich also ganz einfach zusammenfassen: durch eine glaubwürdigere transatlantische Partnerschaft muß der Brückenkopf der USA auf dem eurasischen Kontinent so gefestigt werden, daß ein wachsendes Europa ein brauchbares Sprungbrett werden kann, von dem aus sich eine internationale Ordnung der Demokratie und Zusammenarbeit nach Eurasien hinein ausbreiten läßt.*“³⁰

Und diese Expansion soll für Brzezinski im Wesentlichen durch eine synchrone Erweiterung von EU und NATO erreicht werden. Diese richtet sich dabei vorrangig gegen Russland. Denn der Hauptkonkurrent der Vereinigten Staaten auf dem eurasischen Kontinent ist für Brzezinski nicht etwa China und Indien, sondern Russland. Dies hat geographische Gründe. Russland nimmt auf dem eurasischen Kontinent eine Mittelposition ein. Das Land zwischen Wolga und Amur ist sowohl eine europäische als auch eine asiatische Macht. Es verbindet die verschiedenen Bevölkerungszentren im Osten und Westen des Kontinents miteinander. Da Russland zudem über erhebliche Rohstoffvorkommen verfügt, ist es insbesondere in Zeiten der Rohstoffknappheit in der Lage, ein Netz eurasischer Kooperationen etwa zwischen China, Indien, Iran

²⁷ Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Berlin 1997, S. 57

²⁸ Ebenda, S. 54 - 58

²⁹ Ebenda, S. 64

³⁰ Ebenda, S. 129

und Europa zu stiften. Die russische Wirtschaft ist zwar zurzeit noch nicht entwickelt genug, um die USA ernsthaft herauszufordern. Und auch ein wirtschaftlich weiter wachsendes Russland würde nie wieder den geopolitischen Stellenwert der einstigen Sowjetunion erreichen, dazu ist mittlerweile auch die Industrialisierung in China und Indien zu weit fortgeschritten.

Doch Russland ist aufgrund seiner geographischen Lage dennoch ein hoch dynamischer geopolitischer Akteur. Denn durch seine Mittelposition ist es in der Lage, Bündnisbeziehungen zwischen eurasischen Mächten zu stiften. Auf diese Weise besitzt Russland die Fähigkeit, den Einfluss der USA in Ostasien, in Zentralasien, im Nahen Osten, und schließlich auch in Europa indirekt zu schwächen. Doch dieses Szenario ist eine Alptraumperspektive für die USA. Gerade für den Geostrategen Brzezinski ist es eine Überlebensfrage der USA, auf dem eurasischen Kontinent nicht nur präsent, sondern auch dominant zu bleiben. Hinzu kommt noch, dass Russland die einzige Nation ist, die in militärischer Hinsicht mit den USA in gewissen Grenzen konkurrieren kann und mit ihrem Nukleararsenal als alternative Schutzmacht im asiatischen und europäischen Raum infrage käme.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum der wirtschaftliche Aufstieg Russlands in der Amtszeit Putins in Washington mit Sorge betrachtet worden ist. Wie bereits erwähnt, hatten die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges ihre Außenpolitik auf die Doktrin ausgerichtet, den Aufstieg eines neuen geopolitischen Rivalen oder ein Bündnis mehrerer Staaten zu verhindern. Condoleeza Rice bemerkte hierzu in einer Fernsehsendung: *„... aber wenn es darum geht, es einem anderen Kontrahenten zu erlauben, die militärische Gleichheit mit den USA zu erreichen, so wie es die Sowjetunion tat – nein, die USA haben nicht die Absicht, dies zu erlauben, weil, wenn dies geschieht, wird es kein Mächtegleichgewicht geben, das die Freiheit begünstigt.“*

Doch dieser vor einigen Jahren noch hypothetische Fall scheint nun allmählich Realität zu werden – zumal Russland nicht alleine steht und in Form der Shanghai Cooperation Organisation enge Bündnisbeziehungen mit China eingegangen ist. Die Shanghai Cooperation Organisation, zu der neben China auch noch einige zentralasiatische Länder wie einige zentralasiatische Länder wie Usbekistan, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgisistan gehören, könnte langfristig ein Gegenentwurf sowohl zur NATO als auch zur EU werden. Die USA sehen ihre Vormachtstellung in Eurasien durch Russlands wirtschaftliche Erholung und zunehmende geopolitische Bedeutung herausgefordert. Es besteht die Möglichkeit, dass die kommende US-amerikanische Regierung versuchen wird, den aufsteigenden Rivalen in seine Schranken zu weisen.

Doch welche Mittel stehen den Vereinigten Staaten überhaupt zur Verfügung, um einen weiteren wirtschaftlichen Aufstieg Russlands und weiter voranschreitende Bündnisbeziehungen Moskaus mit Europa, Indien und China zu verhindern? Die praktikabelste Möglichkeit wäre, zu versuchen, Divergenzen zwischen der EU und Moskau zu erzeugen. Dies ist im vergangenen Jahr vielfach geschehen. So hat beispielsweise die Entscheidung für den Raketenschild in Polen und Tschechien Russland zu Gegenreaktionen veranlasst, die wiederum Politiker der EU verunsichert haben. Auf ähnliche Weise hat auch die Einkreisung Russlands mit zahlreichen militäri-

schen Basen an seiner Südgrenze Verunsicherungen in Moskau hervorgerufen und stört insgesamt die Beziehungen Russlands zum Westen. Ließe sich dieses wechselseitige Misstrauen im Krisenfall intensivieren, wäre es möglich, dass sich ein neuer Eiserner Vorhang zwischen Russland und die erweiterte EU legt. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Russland nähmen infolge einer erneuten Konfrontation stark ab. Gleichzeitig geriete die EU erneut – wie schon zu Zeiten des Kalten Krieges – in eine militärische Abhängigkeit von Washington. Russlands Einfluss in Eurasien könnte so durch einen neuen Kalten Krieg massiv geschwächt werden.

Dass diese Politik insbesondere in den letzten zwei Jahren der Amtszeit Georg W. Bushs eingeleitet worden ist, ist nicht nur an der Aufstellung des Raketenschildes und dem von Washington vorangetriebenen Wettrüsten ersichtlich. Darüber hinaus ließ sich das auch in der Presseberichterstattung während der Georgienkrise hautnah beobachten. Überall hörte man plötzlich Stimmen, die Russland als eine Gefahr an die Wand malten und eine erneute Einigkeit zwischen den USA und der EU gegen Russland beschworen. Ob die unter Obama vorläufig eingeleitete Verzögerung des Raketenschildes wirklich das Ende des Projekts bedeutet, ist sehr unwahrscheinlich.²⁴ Denkbar wäre auch, dass man zunächst nur Raum für diplomatische Initiativen gewinnen will und, sollte dies nicht zum erwünschten Erfolg führen, zur Politik der militärischen Einkreisung Russlands zurückkehrt. Zudem ist der Raketenschild auch in Alaska und im Polarmeer stationiert und bleibt somit ein Faktor in den russisch-amerikanischen Beziehungen. Auch könnten die USA versuchen, die sich intensivierenden Bündnisbeziehungen zwischen China und Russland zu stören, etwa indem man versucht, China durch spezielle Angebote aus der Shanghai Cooperation Organisation zu lösen. Da China von äußeren Nahrungsmittelzufuhren abhängig ist und auch seine Ölimporte über See jederzeit von den USA unterbrochen werden können, könnten die USA möglicherweise China in der Tat zu solchen Schritten zwingen. In diese Richtung deuten auch mehrere im Frühjahr 2008 geführte Gespräche des Journalisten David Ignatius von der Washington Post mit den beiden ehemaligen Sicherheitsberatern Scowcroft und Brzezinski. Eines dieser Gespräche ist Russland gewidmet und trägt den Titel: „Der Staat mit unnatürlichen Grenzen“. Darin weist Brzezinski immer wieder darauf hin, dass das dünn besiedelte Russland insbesondere im Fernen Osten überdehnte und letztlich unnatürliche Grenzen habe, die langfristig durchaus einer chinesischen Besiedlung weichen könnten.³¹

Doch der allerwahrscheinlichste Schritt ist, dass die USA versuchen werden, Russland an seiner Südflanke zu schwächen. Denn der Süden Russlands ist neben der Region des Fernen Ostens die instabilste Region des Landes. Zugleich aber ist die Region zwischen dem Schwarzen Meer und dem Kaspischen Meer für Russland extrem wichtig, da sie den Zugang zu Zentralasien darstellt. Brzezinski bezeichnet Zentralasien gelegentlich auch – in Anlehnung an den britischen Geostrategen Mackinder – als das „Herzland“ Eurasiens. Damit ist gemeint, dass Eura-

³¹ Zbigniew Brzezinski / Brent Scowcroft, *The State with Unnatural Boundaries*, in: *America and the world, Conversations on the future of American Foreign Policy*, New York 2008, S. 157 ff.

sien der mit Abstand größte und wichtigste Kontinent ist. Und sowohl Mackinder als auch Brzezinski glauben, dass die Kontrolle Zentralasiens der entscheidende Schlüssel ist, um den gesamten eurasischen Kontinent zu beherrschen. Wer immer in die Region vorrückt und die Region dominiert, die vom östlichen Schwarzen Meer über das Kaspische Meer bis nach Kirgistan reicht, wäre in der Lage, seine Macht in alle übrigen Bereichen des eurasischen Kontinents auszudehnen, sowohl nach Westen in Richtung Europa, nach Norden in Richtung Sibirien als auch nach Osten und Süden in Richtung China und Indien.

Die Region zwischen Südrussland, Georgien, Aserbeidschan, Armenien bis nach Kasachstan, Afghanistan, Nordpakistan und Kirgisien ist für Brzezinski die Schlüsselregion der Welt. In dieser Region gilt es Einfluss auszuüben, um die Vormachtstellung der USA über Eurasien auch in Zukunft sicherzustellen. Da dieser Teil Asiens jedoch mehrere hundert Millionen Menschen umfasst und sehr groß ist, lässt er sich nicht einfach besetzen. Er kann nur durch Bündnisbeziehungen, wirtschaftliche Abhängigkeit und durch die vereinzelte Errichtung von Basen dominiert werden. Der Kampf um Zentralasien kann daher nicht so geführt werden wie der Kampf um die Ölvorräte des Irak. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde er von der Tatsache Gebrauch machen, dass just diese Region extreme Aufsplitterungen zwischen den unterschiedlichen Stämmen, Ethnien und religiösen Minderheiten aufweist. Es wäre – ähnlich wie in Jugoslawien – durchaus möglich, bereits bestehende Konflikte zwischen den unterschiedlichen Stämmen, Ethnien, religiösen Minderheiten zu befördern. Nicht umsonst bezeichnet Brzezinski diese Region immer wieder auch als den „eurasischen Balkan“. Eine Möglichkeit, diese Region in die eigene Einflussphäre zu integrieren, bestünde darin, Stellvertreterkriege in Gang zu setzen. Diese wiederum würden einen Vorwand liefern, um im Zuge einer „humanitären Intervention“ militärisch in dieser Region Fuß zu fassen. Wären Soldaten und Truppen einmal in der Region präsent, könnten sie leicht Basen errichten und sich auf Dauer festsetzen.

Dass dies eine realistische Handlungsoption für amerikanische Machtinteressen ist, deutet ein Artikel an, der just am 11. September 2006 unter dem Titel „Der nächste Krieg um die Welt“ in „Foreign Affairs“ erschienen ist.³² Darin wird die Möglichkeit eines ausufernden Bürgerkrieges auf dem eurasischen Balkan gedanklich durchgespielt. Der Autor, Niall Ferguson, beschreibt dieses Szenario als den Weltkrieg des 21. Jahrhunderts, bei dem nach seiner Einschätzung vermutlich mehr Menschen sterben als in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts.

Die jüngste Georgienkrise wirkt wie eine Vorankündigung dieses Szenarios. Zugleich wurde das Völkerrecht in den zurückliegenden Jahren so massiv geschwächt, dass gegenwärtig gar kein rechtlicher Rahmen vorhanden ist, um mit den Unabhängigkeitsbestrebungen aller möglichen kleinen Ethnien und religiösen Minderheiten innerhalb der internationalen Beziehungen umgehen zu können. Auf diese Weise ließen sich in der Tat schnell Vorwände für eine Intervention der NATO finden. Hinzu kommt noch, dass die Destabilisierung Nordpakistan durch

³² Niall Ferguson, The next war of the world, Foreign Affairs, 11. September 2006

regelmäßige amerikanische Luftangriffe bereits kurz vor Obamas Amtsübernahme eingeleitet worden ist und seit seinem Amtsantritt noch an Intensität gewonnen hat. Dies ist ein deutlicher Hinweis, dass die USA vor der Destabilisierung großer Teile Zentralasiens nicht zurückschrecken.

Doch das Problematische eines ausufernden Stellvertreterkrieges auf dem eurasischen Balkan ist, dass eine solche Auseinandersetzung zwischen der Supermacht USA und der EU auf der einen Seite und den aufsteigenden Großmächten Russland, Indien und China auf der anderen Seite, leicht die Gefahr der Eskalation in sich birgt. Dieser Umstand wird noch dadurch verstärkt, dass, anders als im Kalten Krieg, heute kein Gleichgewicht des Schreckens die Mächte von einem Kriegsszenario abhält.

So erschien im Mai 2006 in der wichtigsten Zeitschrift für amerikanische Außenpolitik „Foreign Affairs“ ein Artikel, in dem mitgeteilt wurde, die USA seien kurz davor, eine nukleare Erstschlagskapazität gegenüber Russland und China zu besitzen.³³

Die USA wären in der Lage, so die Autoren Keir A. Lieber und Darley G. Press, das russische Nukleararsenal im Zuge eines Überraschungsangriffs zu 99 Prozent zu zerstören. Das übrige 1 Prozent an Raketen, die Russland dann eventuell noch zur Verfügung stünde, könnte höchstwahrscheinlich durch den Raketenschild abgefangen werden. Dieses Beispiel macht deutlich, dass die eigentliche Funktion des Raketenschildes nicht defensiver Natur ist, sondern Teil einer offensiven Einkreisungstaktik. Der eigentliche strategische Zweck des Raketenschildes besteht darin, den Vereinigten Staaten eine nukleare Erstschlagskapazität zu garantieren, also einen Gegner wie Russland angreifen zu können, ohne sich selbst dem Risiko eines Gegenschlags auszusetzen.

Zieht man das Resümee aus all diesen bedrohlichen Entwicklungen, etwa der möglicherweise bestehenden nuklearen Erstschlagskapazität der USA, dem Verlust des militärischen Gleichgewichts in nuklearer Hinsicht, der Möglichkeit zukünftiger Stellvertreterkriege in der Kaukasusregion sowie anderen Regionen Zentralasiens, wie zum Beispiel Nordpakistan, und rechnet man zu all dem noch die außerordentlich starke Identifikation der US-amerikanischen Eliten mit dem Supermachtstatus der USA hinzu, kann man schon zu dem Schluss gelangen, den ich am Anfang meines Vortrages schon einmal benannt hatte: Dass wir gegenwärtig in ein Zeitalter zunehmender geopolitischer Instabilität und Kriegsgefahr eingetreten sind. Und mit Kriegsgefahr meine ich nicht die Möglichkeit eines lokalen Krieges im Nahen Osten, sondern durchaus die Möglichkeit eines Weltkrieges zwischen den Großmächten, der dann mit nuklearen Waffen ausgetragen werden könnte. Die Kräfteverhältnisse in der heutigen Welt verschieben sich so schnell, dass es schwer vorstellbar ist, dass dieser Prozess friedlich ablaufen könnte. Zumal der Transformationsprozess von massiven Ungleichzeitigkeiten begleitet wird und es in der jüngsten Vergangenheit bereits zu dramatischen diplomatischen Spannungen gekommen ist.

³³ Keir A. Lieber, Darley G. Press, The Rise of U.S. Nuclear Primacy, Foreign Affairs, April/Mai 2006, S. 42

Eine dieser Ungleichzeitigkeiten ist die, dass die Vereinigten Staaten zwar wirtschaftlich schon sehr geschwächt sind, dass aber ihre Militärmacht noch auf Jahre hinaus die stärkste der Welt sein wird. Je weiter diese Diskrepanz wächst, desto größer ist die Versuchung für die Vereinigten Staaten, sich auf das Feld zu begeben, in dem sie sich unschlagbar wähnen. Und das ist gegenwärtig die militärische und geheimdienstliche Macht des Landes. Auf allen anderen Gebieten hat für die USA ein Erosionsprozess begonnen, der nicht so ohne weiteres umkehrbar ist. Da die Vereinigten Staaten heute nicht mehr die Überschüsse erwirtschaften, die ihnen in den zurückliegenden Jahrzehnten zu Gebote standen, wird es für sie zunehmend schwerer, andere Länder durch ökonomische Zusammenarbeit an sich zu binden. Die US-amerikanische Wirtschaft hat ihre produktive Grundlage in den zurückliegenden Jahrzehnten verloren. Diese zurückzugewinnen ist ein langwieriger Prozess, der mindestens zehn bis zwanzig Jahre erfordert. Und auch die Stellung als Finanzsupermacht ist im Abnehmen begriffen, da gegenwärtig jedes Land der Welt am eigenen Leibe erfährt, was es heißt, in finanzpolitischen Dingen den USA zu vertrauen. Eine Finanzsupermacht, die ihren Verbündeten und ihren Vasallenstaaten faule Wertpapiere als Zahlungsmittel verkauft, sägt auf dem Ast, auf dem sie sitzt. Das Vertrauen in die Neutralität, Zuverlässigkeit und Stabilität des US-amerikanischen Finanzsystems hat das Land einst zum größten Finanzplatz werden lassen. Und dieses Vertrauen ist nun zerbrochen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis dieser Vertrauensverlust dazu führt, dass unterschiedliche Wirtschaftsräume ihre Finanzpolitik einer verstärkten eigenen Kontrolle unterstellen. Dies stellt die USA vor das Problem, dass sie den zweiten Hegemoniezyklus, der auf der Stellung des US-Dollars als Weltwährung fußte, nicht weiter verlängern können, während eine Grundlage für einen möglichen dritten Hegemoniezyklus nicht in Sicht ist. Erschwerend kommt hinzu, dass die USA auch bei möglichen Zukunftstechnologien, wie z. B. erneuerbaren Energien, nicht besonders gut aufgestellt sind. Zumindest verfügen sie diesmal nicht über die unangefochtene Führungsposition, die sie in den 80er und 90er Jahren im Bereich der Computer und Internet-technologie eingenommen haben. Dies bedeutet, dass ein dritter Hegemoniezyklus sich weder auf Wirtschaftskraft noch auf Finanzkraft begründen könnte. Er könnte sich, wenn überhaupt, nur auf militärischer Dominanz begründen. Und das ist eine äußerst bedrohliche Perspektive. Dies ist gewissermaßen die Versuchung, welche an die amerikanischen Eliten in den kommenden Monaten und Jahren immer wieder herantreten wird. Je drastischer der wirtschaftliche Niedergang sich innenpolitisch in den kommenden Monaten und Jahren auswirken wird, je offensichtlicher der Machtverlust der Vereinigten Staaten von der übrigen Welt erfahren wird, desto größer könnte die Versuchung sein, im Bewusstsein der noch bestehenden Überlegenheit des Militärs, einen militärischen Konflikt vom Zaun zu brechen.

Dass den US-amerikanischen Eliten durchaus bewusst ist, wie abhängig sie von ihrer militärischen Stärke geworden sind, darauf deutet die enorme Rüstungspolitik der letzten zwei Dekaden hin. Die USA haben es vorgezogen, ihr gesamtes Bruttosozialprodukt auf militärische Rüstung zu konzentrieren, während gleichzeitig die amerikanische Infrastruktur in einem miserablen Zustand ist, im Lande die Brücken einstürzen und bereits 2002 34 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze lebten. Gleichzeitig haben die USA es zugelassen, dass der Zukunfts-

markt für erneuerbare Energien von den Japanern, Europäern und möglicherweise auch China dominiert sein wird. Entweder drückt sich in diesem Handeln eine Tendenz zur Selbstzerstörung aus, oder aber die amerikanischen Eliten sind fest entschlossen, in der jetzt angebrochenen Transformationsphase die militärische Karte zu spielen. Doch auch dies könnte in letzter Konsequenz auf Selbstzerstörung hinauslaufen.

Der US-amerikanische Rüstungsetat ist zwar so hoch wie der der gesamten übrigen Welt. Doch sollte man sich von solchen Zahlen nicht beeindrucken lassen. Die Russen und Chinesen brauchen nur verhältnismäßig kleine Geldmengen zu investieren, um die Achillesverse der 100-Milliarden-Dollar-Projekte der Vereinigten Staaten ausfindig zu machen und so die amerikanischen Großrüstung zu konterkarieren. Der US-amerikanische Raketenschild kann von einer sehr viel billigeren Topol-M-Rakete der russischen Streitkräfte überwunden werden, da diese die Fähigkeit besitzt, im All Haken zu schlagen. Und die 5 bis 6 Milliarden teuren Flugzeugträger der Nimitz-Klasse können durch die neusten Antischiffsraketen der Chinesen empfindlich getroffen werden. Die Planungschefs in Washington haben scheinbar vergessen, dass es beim Wachstum allgemein ein Gesetz des abnehmenden Ertrags gibt. Der irakische Widerstand braucht nur ein paar tausend Kalaschnikows und Nachtsichtgeräte zu erwerben, um seine Verteidigungsfähigkeit effektiv steigern, während 100 Milliarden Dollar die Schlagkraft des US-Militärs nur noch um wenige Prozentpunkte anheben können.

Es gibt somit durchaus Anlass zur Hoffnung. Das US-amerikanische Projekt, eine unipolare Welt zu errichten, zeigt in allen Bereichen so sehr die Merkmale klassischer Hybris, dass ein Gelingen kaum vorstellbar scheint. Dennoch hängt sehr viel vom weiteren Verlauf der Finanzkrise ab. Sollte die mit der Krise verbundene wirtschaftliche Schrumpfung in den USA sich als sehr viel stärker erweisen als in anderen Teilen der Welt, könnten die USA in der Tat ihren Status als Finanzsupermacht einbüßen. Verlöre der Dollar seinen Status als Weltwährung, so wären sie damit der geopolitischen Machtgrundlage beraubt, die sie brauchen, um die eben skizzierten Handlungsoptionen in die Wege zu leiten. Zwei, drei Jahre Unterfinanzierung beim Militär würden ausreichen, um den Vereinigten Staaten ihren unangefochtenen Status als militärische Supermacht zu rauben. Sollte es den USA jedoch wider Erwarten gelingen, die amerikanische Finanzwirtschaft in einen erneuten Blasenzyklus hinüberzuretten, so könnte das Land seinen Status als Finanzsupermacht vielleicht noch weitere 5, 6 oder 8 Jahre halten. Zeit genug, um weiter zu rüsten und außenpolitisch weiter zu expandieren. Dass Letzteres durchaus geplant ist, geht aus einer Rede hervor, die der alte und neue Verteidigungsminister Robert Gates am 28. Oktober 2008 vor der Carnegie Stiftung gehalten hat.³⁴ Darin vergleicht er unsere Gegenwart mit der Situation vor dem Ersten Weltkrieg. Gleich in den ersten Absätzen erinnert Gates daran, dass es in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine Vielzahl von Initiativen zur Wahrung des Weltfriedens gegeben habe, die jedoch alle vergeblich geblieben seien. Die verbliebe-

³⁴ Die Rede ist abrufbar auf der Seite des U.S. Department of Defense:

<http://www.defenselink.mil/speeches/speech.aspx?speechid=1305>

nen 80 Prozent seiner Rede handeln dann von der Notwendigkeit der USA, in den kommenden Jahren vor allem ihre Nuklearstreitkräfte massiv aufzurüsten, da China und Russland ansonsten die bestehende Weltordnung herausfordern könnten.

Doch ob solche Planspiele real werden, hängt auch in einem ganz entschiedenen Maße davon ab, ob die europäischen Eliten zu einer realistischen Deutung der geopolitischen Lage gelangen. Denn ein neuer Kalter Krieg mit Russland – ganz zu schweigen von einem heißen – kann in absolut nicht im Interesse der EU sein. Für die EU bietet Russland nicht zuletzt aufgrund seiner großen Energierohstoffe, aber auch aufgrund seiner großen Nachfrage nach europäischer Technologie und Know-how ein immenses Wachstumspotenzial. Ein neuer Kalter Krieg mit Russland käme somit einem Selbstverrat der ökonomischen Interessen der EU gleich.

Aber möglicherweise wären die USA trotzdem in der Lage, diese Entwicklung einzuleiten. Und zwar dadurch, dass sie eine künstliche Krise schaffen, in deren Verlauf Russland zunehmend dämonisiert wird und auch vielen europäischen Politikern als Bedrohung erscheint. Die Georgienkrise war ein erstes Beispiel für eine solche Eskalation. Und auch der jüngste Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland wäre ohne den Einfluss der USA auf die jetzige ukrainische Regierung sicherlich anders verlaufen.³⁵ Weitere und durchaus gefährlichere Konflikte könnten folgen. Ein in dieser Hinsicht verwirrtes, übertölpeltes und gespaltenes Europa könnte sich dann möglicherweise dazu verleiten lassen, in einen neuen Kalten Krieg mit Russland einzutreten. Vielleicht war die jüngste Georgienkrise nur ein Versuchsballon, gewissermaßen ein Probelauf für das große und entscheidende Krisenszenario in der Ukraine. Dass diese Gefahr real ist, dafür spricht nicht nur, dass viele osteuropäische Staaten wie Polen und Tschechien aufgrund ihrer historischen Erfahrungen unter sowjetischer Herrschaft bereits jetzt eine solche Entwicklung vorantreiben, sondern auch, dass die USA ihrerseits jahrelang daran gearbeitet haben, die anti-russische Stimmung in Polen, Tschechien und anderen ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes zu entfachen. Und auch in Deutschland sind die USA offenkundig in der Lage, Einfluss auf die Presse zu nehmen, und haben dies insbesondere in der Russlandberichterstattung auch getan.

Da die gegenwärtige Öffentlichkeit über die eigentlichen geopolitischen Interessengegensätze nicht aufgeklärt ist, sind sich auch die allermeisten Politiker nicht darüber im Klaren, dass die Großmächte der Welt wie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg erneut in ein äußerst riskantes Great Game eingetreten sind. Statt dass unsere Außenbeziehungen zu anderen Ländern

³⁵ Der Gasstreit macht im Kontext der US-amerikanischen Interessen in Osteuropa durchaus Sinn, während er gleichzeitig zu Resultaten geführt hat, die im direkten Widerspruch zu den Interessen der Ukraine stehen. So hat das Land durch die Krise seinen Status als Transitland aufs Spiel gesetzt. Außerdem sind die Vergünstigungen erloschen, die Russland der Ukraine für Gaslieferungen angeboten hatte. Kiew muss heute wesentlich höhere Gaspreise zahlen als vor der Krise. Der Gasstreit kam zustande, weil die Regierung der Ukraine amerikanische Interessen vertreten hat. Inna Bogoslowskaja, Vorsitzende der parlamentarischen Untersuchungskommission der Ukraine: „Es ist bewiesen, dass die ukrainische Seite an dem koordinierten Vorgehen beteiligt war, die Gespräche über den Vertrag zu sabotieren und einen Gaskonflikt zu provozieren.“

sachlich beschrieben werden, überwiegt in unseren Medien eine Kultur der Desinformation oder kommt es, wie im Falle Russlands, sogar zu einer offenen Dämonisierung. Der vorherrschende Mangel an Aufklärung und Orientierung ist möglicherweise ein viel tiefgreifenderes Problem als die Machtphantasien einzelner Geostrategen. Letztere dürften auf wenig Zustimmung und wenig Raum zur Entfaltung stoßen, wäre die Öffentlichkeit halbwegs über die Dramatik und damit auch das Risiko der Vorgänge unserer Zeit informiert.

Und so könnte man formulieren, dass die hybriden Machtphantasien einer kleinen Gruppe von Geostrategen und der ganz aufs private und berufliche Fortkommen konzentrierte Lebenshorizont der meisten Menschen unserer Zeit in einem spiegelbildlichen Verhältnis zueinander stehen. Beide Pole wirken zunächst wie Gegensätze. Bei näherem Hinsehen stellt sich allerdings heraus, dass beide Seiten sich gegenseitig bedingen. Nur weil die meisten Menschen ganz auf ihren privaten und beruflichen Lebenshorizont beschränkt sind und diese Mentalität auch zunehmend unsere Öffentlichkeit und unsere politischen Institutionen bestimmt, vollziehen sich geopolitische Grundsatzentscheidungen fernab jeder kritischen Kontrolle. Dies erinnert mich an eine Reflexion Heiner Müllers, auf die ich mich zum Abschluss dieses Vortrags beziehen möchte. Heiner Müller hatte bereits zu DDR-Zeiten immer wieder Reisen in den Westen unternommen, was ihm aus beruflichen Gründen erlaubt war. In einem kürzlich ausgestrahlten Dokumentarfilm über sein Werk äußerte sich Müller zu seinen Reiseerfahrungen in der Bundesrepublik und den USA. Müller erzählte darin von dem Eindruck, den er stets beim Besuch von Fußgängerzonen in westdeutschen Städten erfahren habe. Der durchschnittliche Passant einer westdeutschen Fußgängerzone, so berichtete Müller, sei ihm wie ein Mensch erschienen, der sich subjektiv vollkommen unschuldig fühle. Dieser Ausdruck subjektiver Unschuld in den Gesichtern habe ihn damals verblüfft. Er deutete an, dass das Selbstbild subjektiver Unschuld ein Charakteristikum des heutigen, von westlichen Gesellschaftsstrukturen geprägten Menschen sei.³⁶ - Es ist diese von Heiner Müller beschriebene Mentalität der subjektiv empfundenen Unschuld, in der die meisten Menschen heute leben, die die Möglichkeit absoluter geschichtlicher Schuld wieder in unseren geschichtlichen Horizont hat eintreten lassen.

³⁶ „Ich kann nur beschreiben, wenn ich, warum ich z.B. in der DDR lebe und hier auch bleiben will und werde. Ein Grund dafür ist, was mich ärgert, z.B. wenn ich in Köln durch die Fußgängerzone gehe, oder durch eine beliebige Fußgängerzone, wo eingekauft wird, ärgert mich die Unschuld dieser Bevölkerung. Die sind alle unschuldig. Und ich mag keine unschuldigen Menschen. Das ist für mich fast etwas, fast mit Ekel verbunden. Diese Unschuld. Die sind an nichts schuld, an nichts schuld gewesen und sind auch jetzt an nichts schuld. Und sind subjektiv wirklich unschuldig. Das bin ich nicht.“, >>Ich will nicht wissen wer ich bin – Heiner Müller<<, Ein Film von Christoph Rüter in Zusammenarbeit mit Thomas Irmer, ausgestrahlt am: 10.1.2009, 20:15 Uhr, 3 Sat